

Die Gleichheit

Zeitschrift für die Interessen der Arbeiterinnen

Mit den Beilagen: Für unsere Mütter und Hausfrauen und Für unsere Kinder.

Die „Gleichheit“ erscheint alle vierzehn Tage einmal. Preis der Nummer 10 Pfennig, durch die Post vierteljährlich ohne Bestellgeld 35 Pfennig; unter Kreuzband 35 Pfennig. Jahres-Abonnement 2,50 Mark.

Stuttgart den 8. Juli 1907

Zuschriften an die Redaktion der „Gleichheit“ sind zu richten an Frau Clara Zettin (Sundel), Wilhelmshöhe, Post Degerloch bei Stuttgart. Die Expedition befindet sich in Stuttgart, Furtbach-Strasse 12.

Inhaltsverzeichnis.

Politische Wetterzeichen. Von Luise Zieg. — Von der Heimarbeit. I. Von Gustav Hoch. — Der Verbandstag der Konsumvereine — ein Schritt rückwärts. Von W. D. — Anita Garibaldi. Von Anna Bloch. (Schluß.) — Umsturz und Revolution. IV. Von J. B. Aus der Bewegung: Von der Agitation. — Die Behörden im Kampfe gegen die proletarischen Frauen. — Politische Rundschau. Von H. B. — Gewerkschaftliche Rundschau. — Genossenschaftliche Rundschau. Von H. F. Notizen: Dienstoffene. — Frauenstimmrecht. — Frauenarbeit auf dem Gebiet der Industrie, des Handels- und Verkehrswezens. — Weibliche Fabrikinspektoren. — Landarbeiterfrage. — Frauenbewegung. Feuilleton: Cure Weisheit. Von J. G. Fischer. (Gedicht.) — Rote Othello. Historisches Gemälde aus dem Bauernkrieg. Von Robert Schwefel. (Schluß.) — Sittlichkeit. Von Anna Julia Wolff.

Politische Wetterzeichen.

Wer politische Wetterzeichen zu beobachten und zu deuten vermag, wird oft genug in die Lage kommen, durch eine einzige Erscheinung am Horizont die ganze politische Situation erhellen zu sehen. Das gilt gegenwärtig vom Sturz Pofadowskys, der blitzartig der reaktionären Mächte Vorhandensein, ihre Kräfte und ihr Walten beleuchtet.

Der Vorgang bringt uns zunächst zum so und sovielten Male in beschämende und empörende Erinnerung, wie unendlich weit entfernt wir davon sind, eine wirklich konstitutionelle Verfassung zu besitzen. Denn nicht weil Pofadowsky als Minister sich in Gegensatz zum Volkswillen, oder auch nur in Gegensatz zur parlamentarischen Mehrheit gestellt hat, mußte er gehen, sondern weil ein „höherer“ Wille es so wollte, weil einflussreiche Scharfmacherkreise ihn hasten als zu „liberal“, als den „Minister für Sozialreform“, Pofadowsky, der zwar für einen heutigen Minister in Deutschland ein leidlich kluger Kopf und unbestritten ein fleißiger Arbeiter war, welcher sein Ressort zu beherrschen vermochte, gleichzeitig aber doch als der Zwölftausendmarksnorger für die Zuchthausvorlage sowie als Befürworter des Antigewerkschaftsgesetzes, des Brot- und Fleischwuchers auftrat: dieser Pofadowsky konnte als „Minister für Sozialreform“ gelten, und als solcher gestürzt werden. Das zeigt deutlicher als lange Abhandlungen, als die schärfste Kritik es vermöchte, wie traurig es in Preußen-Deutschland mit der Sozialpolitik bestellt ist.

Freilich gehörte Pofadowsky zu den sogenannten „aufgeklärten“ Ministern, die sehr wohl wissen, daß es zwei verschiedene Mittel zur Bekämpfung des klassenbewußten Proletariats gibt: Repressalien, Ausnahmegeetze, „rückwärtschweifende Anwendung der bestehenden Gesetze“, sowie Auslegung und Ignorierung derselben neben brutaler Polizeivillkür und Polizeischikanen (siehe Recklinghausen), mit einem Wort: die Peitsche ist das eine. Scheinbares Entgegenkommen, Sozialreform in homöopathischen Dosen: das Zuckerbrot ist das andere. Das Zuckerbrot, um die Arbeiterchaft zu korrumpieren, sie vom Klassenkampf abzuhalten, sie mit einem Linsengericht um ihr Erstgeburtrecht zu pressen. Bei der Austeilung des bischen Zuckerbrotens, mittels dessen Pofadowsky die Arbeiter fördern wollte, hatte er mit dem Widerstand der bornierten Junkersippe und des fanatischen Scharfmachertums zu kämpfen, denen er dann gelegentlich bittere Wahrheiten sagen konnte.

Unter welchem Gesichtswinkel auch immer betrachtet, bleibt Pofadowskys Sturz eine blutige Satire auf das naive Gefasel der „echt liberalen Männer“, von dem Ausbruch einer „liberalen Ara“, die in Deutschland jetzt in demselben Moment angehoben haben soll, wo durch die Hilfe der „Liberalen“ die Reaktion fester als je im Sattel sitzt. Durch den Ausfall der Reichstagswahl hat die Reaktion Oberwasser bekommen. Mehr denn je wird es Vordampf voraus! gehen auf der wilden See der Welt- und Kolonialpolitik. Und die Rehrseite der Medaille „Kolonialpolitik“? Die heißt: Flotten- und Militärvorlagen, neue Steuern in ungeheurer Maße, Ausbau des Protektionssystems, welches Agrariern und Industrie-

baronen die Taschen füllt, dem fröndenden Proletariat jedoch den Brotkorb noch höher hängt, weil es ihm alle notwendigen Konsumartikel noch weiter verteuert. Und bei dieser stürmischen Fahrt ist die Sozialpolitik mehr denn je überflüssiger Ballast. Sie würde das ausgebeutete, aber auch kampfbereite Proletariat stärken und damit seine Kampffähigkeit erhöhen, und es soll doch just kampfunfähig gemacht werden, damit es die wilde Jagd nach Gold und Macht nicht stört. Darum fort mit der Sozialpolitik, und her mit Ketten und Knebeln, um den ungebärdigen Riesen Proletariat unschädlich zu machen.

Dies die Pläne der Herrschenden, die in dem Sturze Pofadowskys ihren Ausdruck finden.

Aber das klassenbewußte Proletariat selbst, steht es etwa Gewehr bei Fuß diesem wilden Treiben gegenüber? O nein! Es hat jetzt mehr denn je eine doppelte Aufgabe. Es muß laut und immer lauter sagen, „was ist“. Es hat unablässige Agitationsarbeit zu treiben, um volle Klarheit über die politische Situation zu schaffen, um täglich aufs neue die reaktionäre Politik aufzudecken und vorausschauend ihre Folgen den Massen zum Bewußtsein zu bringen, ihre Empörung dagegen wachzurufen. Gleichzeitig aber gilt es, diese Massen zum Kampfe, zu einem energischen, leidenschaftlichen, aber auch planmäßigen Kampfe aufzurufen. Sie müssen den Organisationen eingereicht werden. Die Kader derselben müssen sich mit den Proletariatsmassen füllen, die begriffen haben: die ausbeutenden Klassen wollen den gesetzlichen Boden des Klassenkampfes zertrümmern, es gilt für uns, ihn zu schützen und zu erweitern, es gilt für uns, den Kampf mit verstärkter Kraft, mit verdoppeltem Eifer, mit lodrender Begeisterung zu führen.

Und bei diesem Kampfe wollen wir Proletarierinnen in den vordersten Reihen kämpfen. Wissen wir doch, daß die Geißelhiebe der Reaktion unsere Rücken am blutigsten schlagen. Sie treffen uns in unserer Eigenschaft als Mütter, sei es, daß wir unsere Kleinen in Folge der wahnstimmigen Zollpolitik nicht einmal recht satt machen können, sei es, daß wir ihre zarten Körper der kapitalistischen Ausbeutung preisgeben müssen, sei es endlich, daß wir gezwungen sind, unsere erwachsenen Söhne dem menschenmordenden und menschenverderbenden Militarismus anzuliefern. Die Geißelhiebe treffen uns besonders schwer als Hausfrauen, die unter dem Brot-, dem Fleisch-, dem Kohlenwucher, dem volksausaugenden Zoll- und Steuersystem, sowie den preistreibenden Maßnahmen der Kartelle und Ringe täglich aufs neue und immer härter leiden müssen. Sie treffen uns als Arbeiterinnen, die schlimmer noch als die Arbeiter vom Kapital ausgebeutet werden, während ihre staatsbürgerliche Rechtlosigkeit sie im Kampfe gegen die Ausbeutung hemmt.

Darum auf zum gemeinsamen Kampfe ihr doppelt und dreifach Beknechteten! Vasset keinen Tag, keine Stunde ungenutzt verstreichen, zeigt, daß auch ihr erwacht und gewillt seid, die Ketten zu zerbrechen, mit denen man uns gefesselt hält. Politisch hält man uns rechtlos, man wehrt uns den Eintritt in die Parlamente. Wohlan! schaffen wir uns immer aufs neue wieder eine andere Tribüne, von wo wir unsere Stimme erheben. Diese Tribüne steht außerhalb der Parlamente, in den Massen, mitten unter unseren fröndenden Schwestern und Brüdern. Peitschen wir sie auf aus Stumpfheit und Lethargie. Rufen wir den Herrschenden und Ausbeutenden zu: Als Baustein habt ihr uns verworfen, ihr werdet inne werden, daß auch wir zum Eckstein geworden sind, welcher das Gebäude der Zukunft trägt! Die politischen Wetterzeichen der Gegenwart müssen uns Kampfsignal sein!

Luise Zieg.

Von der Heimarbeit.

I.

Bekanntlich wird sich der Reichstag im nächsten Winter mit der gesetzlichen Regelung der Heimarbeit zu beschäftigen haben. Unter diesen Umständen verdient der kürzlich erschienene sehr umfangreiche Bericht unsere Beachtung, den der Vorstand der badischen Fabrikinspektion, Oberregierungs-

rat Dr. Karl Wittmann, über „Hausindustrie und Heimarbeit im Großherzogtum Baden zu Anfang des 20. Jahrhunderts“ dem großherzoglich badischen Ministerium des Innern erstattet hat. (Verlag der Macklotischen Druckerei, Karlsruhe.) Der Bericht ist aufgebaut auf eine gewissenhafte Erforschung der tatsächlich vorhandenen Zustände. Er bringt denn auch in seinem ersten Teile eine Schilderung der einzelnen Hausindustrien, die in Baden ermittelt werden konnten, während der zweite Teil das Gesamtergebnis der Untersuchung behandelt, wobei auf die Belegstellen im ersten Teil des Berichtes hingewiesen wird. Durch diese Verknüpfung der beiden Teile ist die Möglichkeit der Nachprüfung gegeben, und das Studium des Berichtes wird ganz besonders fruchtbringend.

Bei der Feststellung der „Hauptergebnisse“ führt uns der Berichterstatter zunächst die Verhältnisse, Bedürfnisse und Gepflogenheiten der Bevölkerung vor, die für die Entwicklung der Hausindustrie einen günstigen Boden bilden. Wenn die Landwirtschaft zur Ernährung der Familie nicht ausreicht und andere Arbeitsgelegenheit nicht vorhanden ist oder verschmährt wird, greifen die männlichen Familienmitglieder zur Heimarbeit, die sie mit Unterbrechungen zur Bestell- und Erntezeit das ganze Jahr über betreiben. Fabrikarbeiter gehen zur Hausindustrie über, um die durch Kauf oder Erbschaft in ihren Besitz gelangte kleine Landwirtschaft ungehindert selbst besorgen zu können. Auch zur Ausfüllung kürzerer oder längerer Ruhepausen in der Landwirtschaft, insbesondere zur Winterszeit und in sommerlichen Regenperioden, wird Hausindustrie von Männern betrieben. Die hausindustrielle Beschäftigung von Frauen und Mädchen in der landwirtschaftlich stillen Zeit erhält den bäuerlichen Familien die für die Bodenkultur nötigen Arbeitskräfte. Frauen gewerblicher Arbeiter aller Art ergänzen durch hausindustriellen Erwerb das mehr oder weniger unzureichende Einkommen der Ehemänner. Frauen gehen zur Heimarbeit über, um mit wachsender Kinderzahl ihren Verpflichtungen gegen Familie und Haushalt besser nachkommen zu können. Gebrechlichkeit, Alter, allgemeine Körperschwäche, Folgen überstandener Krankheiten und dergleichen machen oft Männer und Frauen zu jeder regelmäßigen und intensiveren Arbeit unfähig und führen sie der Hausindustrie zu. Kaum minder stark aber als zwingende äußere Verhältnisse sind es nicht selten Hang nach Ungebundenheit und Abneigung gegen Fabrikarbeit, die den Arbeiter zum Übergang in die Hausindustrie veranlassen. Typisch hierfür ist die Zigarren- und die Bürstenindustrie.

Gibt man die Belegstellen in dem ersten Teil des Berichtes durch, so findet man nur verschwindend wenig Fälle, in denen die Heimarbeiter nicht zur gemeinsamen Arbeit in Werkstätten vereinigt werden konnten. Als Ausnahmen können eigentlich nur solche Fälle gelten, in denen Personen durch körperliche Gebrechen oder durch höheres Alter in der Erwerbs- und Arbeitsfähigkeit beschränkt sind. Manche von ihnen beziehen Invalidenrenten oder Ruhegehalt. Da und dort, erzählt der Berichterstatter, trifft man alte und gebrechliche Männer und Frauen, die völlig alleinstehend, aus der Hausindustrie ihren einzigen karglichen Unterhalt ziehen.

In Wühl zum Beispiel leben zwei ledige 67 und 61 Jahre alte Schwestern zusammen. Die eine Schwester kann nicht mehr viel arbeiten, die andere besorgt den Haushalt und steckt Stiele an Knospen. Für ein Gros erhält sie 25 Pf. In einer Stunde macht sie drei Gros; sie verdient in der Stunde 75 Pfennig. Der monatliche Verdienst beläuft sich auf 15, 16 bis 18 Mark. Die beiden Schwestern bebauen einen Acker mit Kartoffeln und ein Nebstück. Sie leben von Mehlspeisen und Kartoffeln, Fleisch essen sie nie. Der Verdienst aus der Hausindustrie ist das einzige Einkommen. Sie bewohnen ein Zimmer. — Eine 83jährige (!) Heimarbeiterin ist ledig und ganz alleinstehend. Sie war fünfzig Jahre lang im Dienst. Dann hat sie Kinder gehütet. Seit 10 Jahren macht sie Blumen; sie steckt Knospen an, für ein Gros erhält sie 25 Pf. Da sie den Arm gebrochen hatte und auch sonst nicht mehr kräftig ist, so kann sie im Tag bei sechsständiger Arbeit durchschnittlich nur 20 Pf. verdienen. Von der Gemeinde erhält sie 70 Mk. Unterstützung jährlich. Im übrigen ist sie auf Almosen von „guten Leuten“ angewiesen. — Zwei ledige Schwestern von 67 und 69 Jahren machen seit 30 Jahren Blumen. Sie können nicht mehr viel arbeiten. Im Monat verdienen sie zusammen 18 bis 14 Mk.; die Hausindustrie ist ihre einzige Erwerbsquelle. Kaffee, Kartoffelschnitz und Gemüse bilden die Hauptnahrung. In der Woche kommen zweimal je 250 Gramm Fleisch auf den Tisch. — Eine 68jährige alleinstehende Heimarbeiterin hat 6 Jahre lang als Weberin gearbeitet. Dann war sie 9 Jahre lang Haushälterin bei einer älteren Dame. Im vergangenen Jahre lernte sie das

Rohrstuhlflächten. Ihr Verdienst betrug 5,25 Mk. im Monatsdurchschnitt. Sie bezieht eine monatliche Invalidenrente von 10,60 Mk. — Ein alleinstehender 47-jähriger Heimarbeiter ist gelernter Schlosser. Wegen Kränklichkeit arbeitet er selten in seinem Handwerk, dafür macht er allerlei Besorgungen für andere Leute. Dabei flücht er seit 18 Jahren 4 bis 5 Stunden täglich Strohhühle und verdient etwa 30 bis 40 Pf. — Unter den Personen, die Heimarbeit für die Rheinische Gummi- und Zellulosefabrik zu Mannheim-Neckarau verrichten, befinden sich nur zwei Männer, und zwar Invaliden. Heimarbeit wird auch an solche Arbeiterinnen gegeben, die nach einer Krankheit zwar arbeitsfähig sind, aber noch der Schonung bedürfen. So erhalten Frauen, die sonst in der Fabrik beschäftigt sind, bei vorgeschrittener Schwangerschaft auf ihren Wunsch Arbeit zu Hause. — Ein ehrenwürdiger Arbeitsveteran ist der alleinstehende 86-jährige (!) Heimarbeiter K. Gelernter Uhrenmacher, war er längere Zeit als Kettenmacher selbständig und ist seit 30 Jahren mit Anfertigung von Bestandteilen beschäftigt. Jetzt feilt und poliert er Stehbolzen. Für 1 Stück erhält er 2 Pf. Er erarbeitet sich gerade noch 25 Mk. für Kost und Wohnung. Viele Arbeitspausen macht der alte Mann am Tag und legt sich oft auf sein Bett; dann raft er sich auf und geht an die Wertbank, bis die müden Knochen wieder versagen. Auf diese Fälle sind wir deshalb näher eingegangen, weil Fälle solcher Art oft der Forderung nach Beseitigung der Heimarbeit entgegengehalten werden. Was soll, wird gefragt, aus den nicht mehr einigermassen leistungsfähigen Arbeitern und Arbeiterinnen werden, wenn ihnen die Arbeit zu Hause verboten wird? Man braucht aber diese Fälle nur genauer zu betrachten, dann findet man, daß es fast regelmäßig eine unmenschliche Härte ist, wenn die alten oder kranken Leute sich weiter in der Hausindustrie abplagen müssen, statt sich der für sie so wohlthätigen Ruhe hingeben zu können. Viel richtiger wäre es, wenn die unglücklichen Arbeitsinvaliden so weit unterstützt würden, daß sie davon ihr Leben fristen könnten. Unter allen Umständen aber ist es nicht zu verantworten, daß die vielen Hunderttausende von gesunden Arbeitern deshalb dem Elend der Heimarbeit ausgeliefert werden sollen, weil die herrschende Klasse ihre Pflicht vernachlässigt, die arbeitsunfähigen Arbeiter genügend zu unterstützen. Daher muß es nach wie vor unser Ziel sein, die Heimarbeit allmählich vollständig zu beseitigen.

Hanau. Gustav Hoch.

Der Verbandstag der Konsumvereine — ein Schritt rückwärts.

Es müßte eigentlich als selbstverständlich gelten, daß in modernen Organisationen des Proletariats, ganz gleich ob sie durch politische oder wirtschaftliche Betätigung dem Ziele zustreben, die Arbeit vom Drucke des Kapitals zu befreien, grundsätzlich die Gleichberechtigung der Geschlechter anerkannt wird. Und daß in diesen Organisationen, soweit das nur irgend möglich ist, der Grundsatz der Gleichberechtigung auch in die Praxis umgesetzt wird, müßte sich ebenfalls von selbst verstehen. Aber wir leben anscheinend in der Zeit der Überraschungen.

Konsumvereine, Genossenschaften, Partei- und Gewerkschaftsunternehmungen haben bei Anerkennung grundsätzlicher Forderungen wirtschaftlicher Art natürlich Hindernisse zu überwinden, die ihnen bereitet werden durch die Tendenzen der kapitalistischen Wirtschaftsordnung, deren Einfluß sie mehr oder weniger unterworfen bleiben. Das darf aber kein Grund dafür sein, Grundsätze preiszugeben und Mögliches zu versagen.

Die Gewerkschaften suchen im allgemeinen dem Prinzip: Gleichen Lohn für gleiche Arbeit! Rechnung zu tragen. Sie finden mit solchen Bestrebungen erklärlicherweise beim Privatkapital keine Gegenliebe. Dieses möchte sich in der ungehemmten Ausnutzung weiblicher Arbeitskraft gern ein Revancheprojekt erhalten für die den männlichen Arbeitskräften notgedrungen zugestandenem Lohnverbesserungen. Schon wegen der praktischen Bedeutung, die sich aus dieser Tendenz ergibt, müssen die Gewerkschaften die ungleiche Bezahlung von Mann und Frau für gleiche Leistung bekämpfen. Die Nichtberücksichtigung dieser Möglichkeitserwägung würde die weibliche Arbeitskraft in steigendem Maße zum lohnrückenden Element herabwürdigen. Es ist daher für die gewerkschaftliche Weiterentwicklung, deren Geminnisse sich in der nächsten Periode wirtschaftlichen Rückgangs verschärft geltend machen werden, von großer Bedeutung, daß den Gewerkschaften wenigstens nicht aus den eigenen Reihen Steine in den Weg gerollt werden. Das ist aber leider, natürlich nicht als beabsichtigter Zweck, auf dem Genossenschaftstag des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine geschehen, der Mitte Juni in Düsseldorf stattgefunden hat. Gegen nur drei Stimmen wurde dort die gleiche Bezahlung für männliche und weibliche Lagerhalter **abgelehnt!** Neben der prinzipiellen hat dieser Beschluß auch eine über den Kreis der direkt Beteiligten hinausgehende materielle Bedeutung. Was dem Beschluß die besonders prinzipielle Schärfe gibt, das ist seine Formulierung.

Zwischen dem Zentralverband der Handlungsgehilfen und dem Handels- und Transportarbeiterverband einerseits, und dem Zentralverband deutscher Konsumvereine andererseits sind seit längerer Zeit Verhandlungen gepflogen worden zwecks Abschluß eines Tarifs, durch welchen die Lohn- und Arbeitsverhältnisse in den Konsumanstalten geregelt werden sollten. In wesentlichen Punkten konnte bisher eine Einigung nicht erzielt werden. Der Zentralverband der Konsumanstalten stellt sich einer Reihe von Forderungen gegenüber auf einen ablehnenden Standpunkt. Genosse v. Elm, der

über diese Materie referierte, erklärte, Vorstand und Ausschuß hätten bezüglich der strittigen Fragen nur ein „Unannehmbar“ als Antwort.

Und zu den unannehmbaren Forderungen gehört auch die der Gleichstellung der männlichen und weiblichen Lagerhalter. Die Sache klingt etwas unglaublich, leider aber hat es damit seine Richtigkeit. Der Referent begründete folgenden Antrag, der von ihm in Gemeinschaft mit dem Vorstand und Ausschuß gestellt ist:

„Der vierte ordentliche Genossenschaftstag des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine erklärt:

Genossenschaftliche Lohn- und Arbeitstarife können nicht auf solchen Prinzipien aufgebaut werden, deren Durchführung bei den konkurrierenden Privatbetrieben noch in weiter Ferne liegt.

Im eigenen Interesse müssen die Genossenschaften das Streben ihrer Arbeiter und Angestellten zwecks Erreichung solcher sozialwirtschaftlichen Ziele nach Kräften unterstützen und bemüht sein, aus eigener freier Entschliebung die aufgestellten prinzipiellen Forderungen in den genossenschaftlichen Betrieben mehr und mehr zu verwirklichen.

Der Genossenschaftstag muß es jedoch ablehnen, schon heute solche Forderungen zu realisieren, welche weit über das hinausgehen, was die Gewerkschaften bei den privaten Unternehmern verlangen und durchzusetzen vermögen, und durch welche unter den gegebenen Verhältnissen eine große Anzahl genossenschaftlicher Betriebe konkurrenzunfähig gemacht und damit ihnen sowie zugleich auch den von ihnen beschäftigten Personen die Existenzmöglichkeit geraubt würde.

Bezüglich der Forderungen der Lagerhalter und Handlungsgehilfen erklärt der Genossenschaftstag:

Die eingereichten Tarifforderungen zurzeit allgemein durchzuführen, würde den Ruin einer großen Anzahl von Genossenschaften zur Folge haben. Er bedauert deshalb — bei aller Sympathie für die Bestrebungen der Angestellten in dieser Richtung —, dennoch den Abschluß von Tarifen auf dieser Basis ablehnen zu müssen und erwartet, daß die Angestellten und Arbeiter aus prinzipiellen, praktischen und moralischen Gründen, in ihrem eigenen Interesse und im allgemeinen Interesse des Fortschritts des Genossenschaftswesens bei ihren Tarifforderungen mehr als dies bisher geschehen, die realen Verhältnisse berücksichtigen.

Der Genossenschaftstag beauftragt die zu diesem Zwecke gebildeten Instanzen des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine, in eventuell gewünschte Verhandlungen mit den Vertretern jener Organisationen einzutreten. Dabei ist jedoch zu berücksichtigen, daß

1. die gleiche Bezahlung der Lagerhalter und Lagerhalterinnen,
 2. die Festlegung der Umsatzhöhe pro Verkaufskraft
- für die Konsumvereine des Zentralverbandes unannehmbar sind.

Sollten die Gewerkschaften der Lagerhalter und Handlungsgehilfen bei der Fortsetzung der Verhandlungen auf diesen Forderungen beharren, so sind zurzeit die Instanzen des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine gezwungen, die Verhandlungen einzustellen, da alsdann der Abschluß von annehmbaren Tarifverträgen aussichtslos erscheint.“

Soweit die ablehnende Haltung mit finanziellen Bedenken begründet worden ist, können und wollen wir an dieser Stelle die Berechtigung dazu nicht näher untersuchen. Das aber glauben wir betonen zu sollen: Genossenschaftlich betriebene Unternehmen, die auf dem Boden der modernen Arbeiterbewegung stehen, müssen Musterbetriebe sein! Wir stimmen dem Genossen Umbreit zu, der als Vertreter der Generalkommission sich gegen die Resolution wandte und dazu unter anderem bemerkte:

„Bisher war es stets der Stolz der deutschen Konsumvereine, daß die Arbeitsverhältnisse in ihnen mindestens so gut sein sollten wie in den vorgeschrittensten Privatbetrieben. So muß es auch bleiben, sollen nicht die Gewerkschaft und Genossenschaftsbewegung Angriffspunkte gegen sich schaffen. Die Resolution will eine Mauer gegen jedes weitere Vorwärtkommen errichten. Das ist für die gewerkschaftlich organisierte Arbeiterschaft Deutschlands untragbar. Die deutschen Konsumvereine müssen vorsichtig, aber nicht ängstlich und kurzfristig geleitet werden. Durch einige Absätze der Resolution wird das friedliche Zusammenarbeiten zwischen Gewerkschaft und Genossenschaft gehemmt. Die Billigung dieser Vorschläge könnte zu einer Gefahr für die organisierten Arbeiter werden, da die Gewerkschaften nicht darauf verzichten können, Forderungen betreffs der Lohn- und Arbeitsverhältnisse zu stellen. Die Konkurrenz kann ihrerseits dabei nicht berücksichtigt werden, schon aus dem Grunde nicht, weil die Genossenschaften als eigene Betriebe der Arbeiter angesehen werden. Um Theorie und Praxis mit einander in Einklang zu bringen, müssen einzelne Genossenschaften den kleinlichen Standpunkt, den sie recht oft in dieser Frage einnehmen, aufgeben.“

Die durch v. Elm geäußerten Befürchtungen zur Begründung der Resolution scheinen uns selbst dann noch übertrieben, wenn wir die Leistungsfähigkeit der Konsumvereine erheblich tiefer einschätzen, als das zum Beispiel Genossin Steinbach, die doch mit Recht als gute Kennerin der Verhältnisse in den Konsumvereinen gilt, schon vor vier Jahren getan hat. In einem Artikel „Wir am Aufbau“ in der „Neuen Zeit“ — Nummer 48, Jahrgang 1903 2. Bd. —

sagt sie über die Leistungsfähigkeit der Konsumvereine folgendes:

„Sie (die Leiter der Konsumvereine), die Jahr für Jahr unter ihren Händen die Millionen Überschüsse in die Sammelbecken der Konsumvereine zusammenfließen sehen, sie werden am ersten verstehen, was das sein wird, wenn eines Tages die ungeheuren Fluten nicht mehr wie bisher am Jahreschluss in Gestalt von 10 bis 12, ja bis 16 und mehr Prozent Dividende in Tausende dünner Kanäle wieder auseinanderströmen, sondern wenn diese gewaltigen Nachtmittel zusammen bleiben. . . .“

„Das bisher Udenkbare ist dort (in Hamburg) zur Tat geworden, daß einem Konsumverein innerhalb reichlich vier Jahren circa 17000 Mitglieder beigetreten sind, einem Konsumverein, welcher nach Speisung des Reservefonds und aller gesetzlichen Abschreibungen 50 Prozent des Reingewinns einem „Produktionsfonds“ zuweist, von dem dann noch Verbleibenden 10 Prozent für einen Bildungsfonds, sowie ein nach jedesmaligem Generalversammlungsbeschluß zu bestimmende Summe für einen Warenvorratsfonds und der nicht eher einen Pfennig Dividende auszahlt, bis ein personeller Notfonds für jedes Mitglied in Höhe von 100 Mk. angeammelt ist.“

„Man denke, welche eine Bedeutung für die stetig wachsende Zahl der organisierten Konsumenten die Ansammlung eines Notfonds von 100 Mk. hat für den Arbeiter, der ihn und all seine gleichfalls so organisierten Kollegen ohne weiteres in den Stand setzt, bei einem Streik oder einer Aussperrung den für sich und seine Familie notwendigen Bedarf an Lebensmitteln während sechs bis zehn Wochen beschaffen zu können, ohne daß er und die mit ihm Ausgesperrten sofort die Kasse der Gewerkschaftsorganisation in Anspruch zu nehmen gezwungen sind. Man stelle sich die Wirkung vor, die dadurch ausgeübt würde auf die „Gemeinheit“ der Unternehmertypen, mit den organisierten Arbeitern zu unterhandeln, die heute nur deshalb so leichten Herzens Tausende von Arbeitern oft an einem Tage auf die Straße wirft, weil sie mit der prompt nach kurzer Frist in der Arbeiterfamilie eintretenden Hungersnot zu rechnen gewohnt ist, dann jedoch von vornherein ein monatelanges Stillstehen ihrer Betriebe in sicherer Aussicht weiß! Man vergegenwärtige sich, was bei ziellarem Weiterschreiten auf dem Gebiet der Eigenproduktion die Konsumgenossenschaften Deutschlands mit ihren bald anderthalb Millionen Mitgliedern und ihren Riesenerlösen heute schon aufbauen könnten — haben doch allein die sächsischen Konsumvereine schon vor einigen Jahren fünf Millionen Mark Jahresreingewinn erzielt und nach Speisung der statutarisch vorgeschriebenen Reserven und Abschreibungen auch größtenteils als Dividende wieder — ausgezahlt.“

Uns scheint, es sei doch nicht ganz logisch, die Gewerkschaften gegen das Kapital lampffähig machen zu wollen zur Durchsetzung von Forderungen, deren Bewilligung man für die eigenen Betriebe aus — finanziellen Gründen ablehnt. Wo Millionen Überschüsse erzielt werden, da kann man die gewerkschaftlichen Forderungen nicht abweisen. Die Lebensaufgabe der Gewerkschaften ist die, für die Mitglieder, die jeweilig nur irgend wie erreichbaren günstigsten Arbeitsverhältnisse zu erringen; sie würden sich selbst untergraben, wollten sie sich mit Wechsellern auf die Zukunft abweisen lassen.

Leider ist zu befürchten, daß durch den Beschluß der Konsumvereine den Gewerkschaften seitens der Privatunternehmer mancher Knüttel zwischen die Beine geworfen wird. Man wird sich bei Abweisung von Forderungen auf den Beschluß und die dazu gegebenen Begründungen berufen. Dadurch wird für die Gewerkschaften eine geradezu unerträgliche Lage geschaffen.

Was uns bei dieser Angelegenheit aber noch ganz besonders angeht, das ist der in der Resolution aufgestellte Grundsatz, daß die gleiche Bezahlung der Lagerhalter und Lagerhalterinnen für die Konsumvereine unannehmbar ist!

Wir sagen: aus grundsätzlichen, praktischen und moralischen Gründen müßte dieser Passus abgelehnt werden! Grundsätzlich muß die Gleichberechtigung der Geschlechter anerkannt werden. Hätte man sagen können: die weiblichen Lagerhalter sind minder leistungsfähig als die männlichen: die Bezahlung soll nach Leistung geregelt werden, dann läge die Sache anders. So aber proklamiert die Resolution einfach eine Bestrafung des weiblichen Geschlechtes. Das läßt sich sicher nicht mit dem Hinweis auf Konkurrenzrückichten rechtfertigen. Die Art der Begründung des bedauerlichen Beschlusses läßt nur zwei Schlussfolgerungen zu. Entweder man sagt sich: die Bezahlung der Männer geht über den Wert ihrer Leistungen hinaus, daher halten wir uns an den Frauen schadlos! oder: die Männer werden nach ihrer Leistung bezahlt — das heißt im Rahmen der durch die kapitalistische Konkurrenz gezogenen Linien —, die Frauen aber bezahlen wir nicht nach dem Maßstab ihrer Leistung; sie müssen billiger arbeiten, weil sie Frauen sind! Wir können ebensowenig das „Entweder“ wie das „Oder“ als moralisch werten. Es ist nur zu bedauern, daß sich die Beschlußfasser über die Konsequenzen der Resolution nicht klar geworden sind.

Der Beschluß ist grundsätzlicher zu verwerfen; er ist weder moralisch noch praktisch. Praktisch darum nicht, weil er dem Privatkapital bei Abweisung von Arbeiterforderungen eine Argumentation an die Hand gibt. Von den Gewerkschaftlern wurde auf dem Verbandstag mit Recht betont, daß die gewerkschaftliche Forderung des gleichen Lohnes für gleiche Arbeit unbedingt auch für die Konsumvereine gelten müsse. Ihre Forderung wurde abgelehnt! Dadurch

ist die Position der Gewerkschaften bei Geltendmachung ihrer Forderungen dem Privatkapital gegenüber ganz bedeutend verschlechtert worden.

In den Kreisen der auf dem Boden der modernen Arbeiterbewegung stehenden Frauen wird der Beschluß ungemein peinlich berührt. Das Blühen der Konsumvereine ist nicht nur in hohem Maße von ihnen abhängig, sondern sie glaubten bisher annehmen zu dürfen, die grundsätzliche Forderung der Gleichberechtigung könne in der Konsumvereinspraxis nicht franguliert werden. Schrieb doch Genossin Steinbach in dem schon zitierten Artikel in der „Neuen Zeit“:

„Und wenn man auf anderen Gebieten uns Frauen überall Steine in den Weg wirft, uns nicht heranlassen will zur Mitarbeit, wo man es den Männern nicht mehr verbieten kann . . . — ich sage, wenn man uns auf allen anderen Gebieten niederhalten möchte — in der Genossenschaft haben wir „Bürgerrecht“ . . .“

Nur mitarbeiten dürfen, ohne Anspruch auf Gleichberechtigung, dünkt uns gerade kein erstrebenswertes „Bürgerrecht“, auch wenn die Vorenthaltung der Gleichberechtigung mit dem Hinweis auf die Konkurrenz zu begründen versucht wird. Es offenbaren sich darin kapitalistische Tendenzen. Genossin Steinbach aber hat die Ausrottung kapitalistischer Tendenzen in der Konsumvereinsbewegung feierlich verheißen. Die Gründung des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine begrüßte sie also:

„Das Richtungsgebende des Gründungstags in Dresden ist die — unwidersprochen — zum Ausdruck gebrachte Überzeugung: die bisher in Deutschland betriebene Organisation des Konsums war so sehr vom Unkraut kapitalistischer Tendenzen überwuchert, daß die ihr zum Heile der Gesamtheit innewohnenden gewaltigen Kräfte nicht zur Entfaltung kommen konnten.

„Aber — Heil uns! Neun Zehntel aller Konsumvereinsmitglieder marschieren heute schon in den Reihen des Klassenbewußten organisierten Proletariats.“

Das klingt sehr gut, und wir glauben: in den vier Jahren, die seitdem verfloßen sind, hat sich noch vieles gebessert. All die aufgewendete Mühe in der Erziehungsarbeit der Genossenschaftler zu wahrhaft genossenschaftlicher Gesinnung ist sicher nicht erfolglos gewesen. Um so bitterer schmeckt der Beschluß des letzten Verbandstags. Durch ihn ist eine der schlimmsten kapitalistischen Sünden, die Degradierung, die stärkere Ausbeutung des Weibes gewissermaßen als berechtigt sanktioniert worden.

Die Konsumvereins- und Genossenschaftsbewegung kann zweifellos viel Gutes leisten; sie kann in mancher Hinsicht die Widerstandskraft des Proletariats im Kampfe gegen das Kapital stärken; darum wünschen wir aufrichtig ihre kräftige Entfaltung. Wir lesen daher heute mit gemischten Gefühlen den Satz, mit dem Genossin Steinbach ihren Artikel in der „Neuen Zeit“ schloß:

„Wir dürfen jauchzen — wir am Aufbau, wie unser Johannes Bedejauchzt in seinen „Grüßen des Verdenden“.

Wir hoffen, daß der Argernis erregende, unhaltbare Beschluß bald rektifiziert wird, damit das „Jauchzen“ mehr und mehr berechtigt ist und nicht erstickt in einem Mißklang, den die grundsätzliche Verneinung der Gleichberechtigung des weiblichen Geschlechtes auslöst.

W. D.

Anita Garibaldi.

Von Anna Bloss.

(Schluß.)

Nach den Entbehrungen und Gefahren, die Anita ausgehtanden, war es ein Wunder, daß die junge Mutter ihrem Gatten auf dieser Farm am 16. September 1840 einen gefunden Sohn in die Arme legen konnte. Garibaldi gab seinem Erstgeborenen den Namen Menotti. Das Kind kam mit einer Narbe am Kopfe zur Welt. Diese Narbe rührte von einem Sturze her, den seine Mutter mit dem Pferde gemacht hatte. Es war keine freundliche Wochenstube, die Anita Garibaldi inmitten des Urwaldes fand. Schon am zwölften Tage nach ihrer Niederkunft mußte sie bei furchtbarem Sturmweather, nur halb bekleidet, ihr Pferd besteigen und, ihr Kind vor sich auf dem Sattel haltend, die Flucht ergreifen. Die Farm wurde unerwartet von dem Feind überfallen. Drei Monate dauerte der Rückzug, während dessen Anita mutig und mit unbeschreiblicher Ruhe an Strapazen alles erlitt, was ein Mensch ertragen kann. Wenige der Frauen und Kinder, die den Zug begleiteten, kamen wieder aus dem Wald, und nur der zartesten Fürsorge seiner Eltern dankte es der kleine Menotti, daß er am Leben blieb. An den gefährlichsten Stellen der Wege oder beim Übergang über die Flüsse trug Garibaldi das Söhnchen in einem Taschentuch liegend, das um des Vaters Hals befestigt war, wobei er das kleine Wesen mit seinem Atem beleben und erwärmen konnte. Sonst hatte Anita ihren Sohn bei sich, und die Soldaten wetteiferten, ihr und dem Kinde die größtmöglichen Erleichterungen zu verschaffen.

Noch eine Reihe von Jahren verbrachten die Gatten in Amerika in einem unruhigen kampffreien Leben, in welcher Zeit ihnen noch zwei Kinder geboren wurden: ein Sohn, Ricciotti, und eine Tochter, Teresita. So groß war ihre Armut, daß ein Admiral, der Garibaldi einst zu einer Stunde besuchen wollte, da es schon vollständig dunkel war, die Familie im Finstern fand. Er hörte, daß Anita nicht zwei Sous im Hause hatte, um ein Licht zu kaufen. Der Admiral ließ sofort eine größere Summe an Garibaldi schicken, doch dieser verteilte das Geld unter seine Soldaten und behielt nur so viel, um ein Pfund Lichter kaufen zu können.

Im Jahre 1847 beschloß Garibaldi, nach Italien zurückzukehren und seinem Vaterland die Freiheit erkämpfen zu helfen, für die er schon so oft sein Leben eingesetzt hatte.

Mit unerhörter Begeisterung wurde Garibaldi in Italien vom Volke begrüßt. Es erhoffte von dem Helden die Befreiung Roms und die Begründung der italienischen Republik. Auch Anita erregte aufs neue überall Bewunderung durch die Kaltblütigkeit, mit der sie sich in den heftigsten Kugeltregen begab. Die Treue, mit der sie ihren Gatten überallhin begleitete, fand bald Nachahmung, so daß in Verbindung mit dem Kampfe um Rom oft die Namen von Frauen genannt werden, die tapfere Streiterinnen gewesen sind. Doch nicht nur im Siege stand sie Garibaldi treu zur Seite. Was sie ihm war, das zeigte sich erst recht, als nach so vielen glänzenden Erfolgen, nach so vielen Menschenopfern doch der Tag kam, da Garibaldi Rom verlassen mußte mit dem Bewußtsein, daß er umsonst gekämpft und gelitten hatte. Anita war damals 28 Jahre alt. Sie war zart gebaut und trug sich mit Anmut und Würde. Ihr Teint war dunkel, ihre Züge waren von klassischem Schnitt. Das Auge, feurig und entschlossen, verriet den Heldenmut, der sie zur unzertrennlichen Gefährtin ihres Gatten gemacht hatte. Ihr schönes schwarzes Haar bedeckte ein Kalabreserhut mit wallender Straußenfeder. Die Gestalt ward von einem dunkelgrünen Amazonenkleid umhüllt. Anita ritt stets einen prachtvollen Grauschimmel und war gewöhnlich von zwei jungen Italienern begleitet, die ihr als Pagen dienten. Sie hatte für jeden, Offizier oder Soldat, einen freundlichen Blick und unterhielt sich gleich lebenswürdig mit jedermann. Im ganzen Korps herrschte eine wahre Begeisterung für sie, und ihre Gegenwart trug oft dazu bei, den gesunkenen Mut zu heben und alle Anstrengungen vergessen zu lassen. Keiner wollte sich von dieser Frau beschämen lassen, die so glänzende Proben ihres Mutes und ihrer Ausdauer abgelegt hatte. Die Tapferen verehrten, die Jaghaften fürchteten Anita, denn sie verstand ebenso zu zürnen, wie durch Lob zu belohnen. Sie bemühte sich, allen Erleichterung zu verschaffen, soweit es in ihren Kräften stand, und dachte nie an sich selbst. Sie hatte sich ganz dem großen Zwecke gewidmet, den ihr Gatte verfolgte. Und immer und vor allem war sie das liebende Weib, die treue Mutter. Mitten im Kampfe hatte sie nur Blicke für den Mann ihres Herzens; keine körperlichen Strapazen konnten sie zurückhalten, ihm überallhin zu folgen und ihn mit der rührendsten Sorge zu umgeben. Ihre Kinder hatte sie bei Garibaldi's Rutter zurückgelassen, um ihrem Manne nahe bleiben zu können. Sie erwartete das vierte Kind, als sie Garibaldi auf dem Rückzug von Rom begleitete. Sie wußte, daß ihre Gegenwart ihm in dieser Zeit schwerer Enttäuschung doppelt notwendig war, und nicht der leiseste Schatten auf ihrer Stirn verriet, daß sie selbst leidend war. Die übermäßigen Anstrengungen und Entbehrungen waren eben doch nicht ohne Wirkung auf ihren elastischen Körper geblieben, und nur mit außerordentlicher Energie hielt sie sich aufrecht. Als das Korps auf dem Marsch nach San Marino während einer kurzen Abwesenheit Garibaldi's von den Österreichern angegriffen wurde und die führerlosen Soldaten flüchten wollten, schwang sich Anita sofort aufs Pferd und ritt den Flüchtigen nach. Sie bat, sie beschwor und rief das Ehrgefühl der Soldaten an; sie schwang selbst die Keilpeitsche, um die vor Schrecken taub und blind Gewordenen zum Stehen zu bringen, bis endlich Garibaldi selbst erschien und die Flüchtigen wieder sammelte. Aber immer und immer wieder wurde die kleine Schar angegriffen, und die Gefahren und die Not wurden fast unerträglich. Garibaldi löste endlich die Truppe auf und wollte mit Anita zu Schiff Venedig erreichen, das noch den Österreichern trohete. Aber die beiden mußten wieder ans Land zurück, um der Gefangenschaft zu entgehen. Die arme Frau hatte sich nicht einmal vollständig ankleiden können. Vorfuß mußte sie sich durch die Sümpfe schleppen und war endlich außerstande, ihre Klagen zu unterdrücken. In dieser höchsten Not fanden sich Freunde, die Anita auf einer Tragbahre in ein Haus brachten, und es stellte sich heraus, daß ihr eine vorzeitige Niederkunft drohte. Als die Bewohner des Hauses merkten, wen sie beherbergten, wollten sie sich der Gefahr nicht aussetzen, daß man den geächteten Garibaldi bei ihnen finden könnte. Der General wollte weiterziehen und Anita im Schutze des Hauses zurücklassen. Aber sie raffte ihre letzten Kräfte zusammen und beschwor ihren Gatten, nicht ohne sie zu flüchten. Die mutige und liebende Frau zog den Tod der Trennung vor. Sie wollte lieber an der Seite ihres Gemahls sterben, als ohne ihn leben. Man mußte ihr nachgeben. Auf einer Matratze wurde sie behutsam in das Boot getragen, das zur Flucht bereit stand.

Welche Gefühle mögen da wohl das Herz des Mannes durchtobt haben, der fast am Ziele seiner Laufbahn die Volkserhebung zusammenbrechen sah, der verlassen war von fast allen seinen Freunden, geächtet und verfolgt wie ein reißendes Tier, dem die heißgeliebte Frau, die Teilnehmerin und der Trost seines bewegten Lebens durch den Tod von der Seite gerissen wurde. Schweigend und mit von Kummer entstellten Zügen hielt Garibaldi ihre zuckende kalte Hand in der seinen. Ihr halberloshener Blick hing in unsäglicher Liebe an ihm und suchte ihm noch Trost zu geben.

Endlich kamen die Flüchtlinge an eine Uferstelle, wo sie die Landung wagen konnten. Anita wurde auf ein armseliges zweirädriges Fuhrwerk gebracht, und auf beschwerlichen Wegen ging die Flucht viele Stunden weiter. Endlich fand sich in der Gegend von Ravenna ein Haus, das den armen Verfolgten die Aufnahme nicht verweigerte, und wo man in jeder Weise für Anita sorgte. Aber die Hilfe kam zu spät für die unglückliche Frau. Sie lag schon in den letzten Zügen, als man sie von dem Wagen hob und in ein Bett brachte. Sie hielt Garibaldi's Hand bis zuletzt, bat noch um einen Trunk Wasser, sagte ihrem Gatten noch einige Worte, dann schlossen sich ihre schönen blauen Augen für

immer. Garibaldi war es nicht vergönnt, bei der teuren Leiche zu verweilen. Mit dem Rufe: „Die Deutschen kommen!“ stürzte der Besitzer des Hauses in das Sterbezimmer. Der Trauernde mußte sich losreißen, denn lebend sollten ihn die rachsüchtigen Feinde nicht haben. Er bat den Pächter, Anita zu bestatten, bis er selbst zurückkehren werde, um ihre Überreste zu holen. In seinen späteren Aufzeichnungen über Anita ruft er den Ravennaten zu, die sterbliche Hülle dieser edlen Frau und ihr Grab zu ehren, und schließt mit den Worten: „O Erde der Ravennaten, sei du einstweilen den Gebeinen der heldenmütigen Tochter Amerikas leicht!“

Anita hat nur die schweren Lebensjahre ihres Gatten teilen dürfen. Die Ehrungen, die ihm später zuteil wurden, die begeisterte Liebe, mit der ihm ganz Italien nach all seinen Kämpfen anhing, fielen in eine viel spätere Zeit. Garibaldi schloß allerdings in späteren Jahren noch eine Ehe mit einer Dame der italienischen Aristokratie, doch wurde diese Ehe schon am Tage nach der Trauung wieder gelöst. Keine Frau hat dem vielgefeierten General die Verstorbene ersetzen können. Ein Medaillon mit ihren Haaren hing immer über seinem Bette.

Und wie der, dessen hundertsten Geburtstag man jetzt überall feiert, Anita nie vergessen hat, so soll ihr Andenken lebendig bleiben, solange der Name Garibaldi genannt wird. Viele Denkmäler werden gesetzt, wohl wenige mit so viel Berechtigung wie dasjenige, das jetzt in Rom geplant wird zur Erinnerung an eine der edelsten Frauen, deren Leben und Sterben dem Dienste der Freiheit geweiht war.

Umsturz und Revolution.

IV.

Haben unsere bisherigen Darlegungen bewiesen, daß die Arbeiter sich nicht auf Sozialpolitik beschränken dürfen, sondern Einfluß auf die gesamte Politik des Staates, politische Macht erobern müssen, um ihre Lage zu bessern, so erhebt sich nunmehr der wichtigste Einwand: darum brauchen sie doch keine sozialdemokratische Politik zu treiben; es gibt ja doch andere Parteien, welche die Interessen des Volkes auf dem Gebiet des Steuerwesens, der Zollpolitik usw. mit allem Nachdruck wahrzunehmen bereit sind, und sich zugleich von der Sozialdemokratie dadurch unterscheiden, daß sie staatszerhaltend sind; weshalb denn sich gerade der Umsturzpartei anschließen und dadurch das Wohlbefinden des Bürgertums verschärfen?

Die Parteien, die man dabei im Auge hat, sind das Zentrum und der Freisinn. Nun wollen wir uns hier nicht in Einzelheiten verlieren. Wie gerade diese beiden Parteien unausgesetzt die Interessen der armen Bevölkerung verraten, darüber werden wir unablässig durch die Tageszeitungen unterrichtet. War es doch das Zentrum, welches vor nicht langer Zeit die Erfolge des Bergarbeiterstreiks vereitelte, und haben doch Zentrum und Freisinn gemeinschaftlich im Jahre 1896 einen Feldzug unternommen, der die Befestigung der ganzen Arbeiterversicherung bezweckte! Es kommt eben nicht darauf an, ob eine Partei sozialpolitische Forderungen aufstellt, sondern ob solche Forderungen mit ihrem Wesen und ihrem Charakter übereinstimmen. Nur dann ist sie imstande, sie zu fördern; sonst bleiben sie in ihrem Munde leere Versprechungen. Und damit kommen wir zum Kernpunkt der ganzen Frage: das Wesen der bürgerlichen Parteien verbietet ihnen, sich der Arbeiterforderungen ernstlich anzunehmen. Sie sehen sich zwar schon seit Jahren genötigt, den Arbeitern alles mögliche zu versprechen, denn das macht in der Öffentlichkeit einen guten Eindruck, und sie brauchen die Stimmen der Arbeiter bei den Wahlen. Aber halten können sie ihre Versprechungen nicht, selbst wenn sie es wollten, weil sie kapitalfreundliche Parteien sind und weil alles, was die Arbeiter fördert, das Kapital schädigt.

Dies führt uns auf das Gebiet der Theorie. Möge keine Leserin vor dem Worte zurückschrecken. Zur Theorie gehört vor allem Nachdenken, und nachgedacht haben wir ja bis hieher auch schon. Überdies kann keine Theorie richtig sein, wenn sie sich nicht eng an die praktische Erfahrung anschließt. Das wollen wir denn auch tun.

Man sagt dem Arbeiter, er solle sich vertrauensvoll an das Wohlwollen des Bürgertums wenden. Aber wenn das Wohlwollen der Besitzenden bereit und imstande ist, ihm aus seiner traurigen Lage zu helfen, warum hat es nicht längst diese Wirkung gehabt? Es ist doch nicht von heute und gestern, daß es dem Arbeiter schlecht geht! Und bei der großen Bildung, die dem Bürgertum zu Gebote steht, muß es das doch längst gemerkt haben.

Aber findet der Arbeiter etwa jetzt eine freundwillige Hilfe bei seinen sozialpolitischen Bestrebungen? Im Gegenteil! Es muß dem denkenden Arbeiter auffallen, daß er sich jeden, auch den kleinsten Fortschritt erst in hartem und zähem Kampfe ertragen muß. Dinge, die sich ganz von selbst verstehen und deren Berechtigung kein Vernünftiger bestreitet, wie zum Beispiel eine ausreichende Fütterung der Werkstätten, genügende Waschgelegenheit, ja sogar genügende und für Männer und Frauen getrennte Aborte, werden dem Arbeiter nur dann gewährt, wenn er sie sich erkämpft! Auch das lehren uns die Tageszeitungen. Und sie lehren uns weiter, wie nicht nur die Unternehmer, sondern auch die Behörden, Polizei, Staatsanwalt und Gerichte alle Arbeiterforderungen argwöhnisch betrachten und am Kampfe gegen sie teilnehmen. Mit einem Worte: nicht Wohlwollen, sondern ein instinktiver Haß umgibt den Arbeiter von allen Seiten.

Das merken sogar die Sozialreformer. Herr v. Berlepsch klagt in einer Broschüre bitter darüber, daß man den Arbeitern keine Gleichberechtigung zuteil werden läßt. Und

sein Gefinnungs-genosse Professor Singheimer in München beschwört die Unternehmer, von ihren „gesellschaftlichen Vorurteilen“ abzulassen, auf denen nach seiner Meinung ihr Widerstand gegen die Forderungen der Arbeiter beruht.

Wenn solche Vorurteile bestehen, dann muß man doch aber fragen, woran das eigentlich liegt. Mit der Lebensart von den „Vorurteilen“ ist doch nichts gesagt. Man kann doch nicht annehmen, daß alle die Personen, die da in Betracht kommen, Unternehmer, Beamte, Offiziere, Richter, von Natur ungerecht veranlagt seien. Woher stammt ihre Feindschaft gegen den unzufriedenen Arbeiter?

Nun, ganz einfach daher, daß ihnen der unzufriedene Arbeiter als staatsgefährlich erscheint, und daß sie mit diesem Verdacht auch ganz recht haben. Der unzufriedene Arbeiter scheint nicht nur, sondern er ist wirklich staatsgefährlich. Gewiß machen sich das nicht alle Unternehmer, nicht alle Politiker und nicht alle Beamten bis ins einzelne hin. Aber ihr instinktives Gefühl leitet sie vollkommen richtig. Etwas würden sie dem Arbeiter ja schließlich wohl zugestehen, besonders seit Wissenschaft und Erfahrung gezeigt haben, daß der gut genährte, gut gelohnte und nicht übermäßig angestrenzte Arbeiter mehr leistet und mithin dem Unternehmer selbst Vorteil bringt. Aber ihr Gefühl sagt ihnen, daß die Arbeiter damit doch nicht zufrieden sein, sondern alsbald mehr verlangen werden. Und das stimmt auch. Die Arbeiter werden nicht zufrieden sein, weil sie nicht zufrieden sein können. Wir haben oben gesehen, daß das durchschnittliche Einkommen des deutschen Arbeiters nur 651 M. beträgt. (Herr v. Berlepsch gibt für das Jahr 1903 sogar nur 625 M. an.) Das kann auch ohne Umsturz, auf dem Boden des Bestehenden, gebessert werden, sagt der Sozialreformer. Gewiß, das bestreiten wir nicht; besser kann es werden; das Einkommen kann steigen auf 660, auf 700, auf 800 M.; aber es kann nicht so weit steigen, daß es dem Arbeiter wirklich gut geht!

Dazu gehört mancherlei. Oben ist angegeben worden, daß bloß zur notdürftig ausreichenden Ernährung eines erwachsenen Menschen täglich 60 Pf. erforderlich sind. Eine mäßig große Familie, bestehend aus Mann, Frau und drei Kindern, braucht demnach nur zur Ernährung (die Kinder mit 30 Pf. gerechnet) jeden Tag 2,10 M. Das macht in den 365 Tagen des Jahres (denn auch am Sonntag und in arbeitsloser Zeit muß man essen) schon 766,50 M.! Und das ist nur die notdürftigste Ernährung, Braten gibt's dafür noch nicht.* Nun bleiben aber noch all die anderen Ausgaben für Wohnung, Kleidung und Erholung. Wie soll da der Arbeiter, wenn ihm durch Wohlwollen oder auch durch Kampf der Lohn wirklich auf 700, auf 800 M. oder selbst noch etwas mehr aufgebeffert ist, zufrieden sein? Das kann er ja gar nicht, selbst wenn er wollte. Die blanke Not treibt ihn zu immer neuen Forderungen.

Doch die Frage stellt sich noch ganz anders. Ist denn der Arbeiter nur dazu da, um zu arbeiten und zu schlafen? Selbst wenn man ihm zu den 766 M. noch einmal so viel zulegt, so hätte er immer erst genug, um die dringenden körperlichen Bedürfnisse zu befriedigen. Ist er denn aber wirklich nicht mehr als ein Arbeitstier, etwa ein Pferd, das nach Verrichtung seiner Arbeit in den warmen Stall geführt wird und des Leibes Notdurft erhält? Ist nicht der Arbeiter vielmehr ein Mensch, und hat er nicht als solcher Anspruch auf gemächlichen Genuß des Lebens?

Das ist die große Frage, um die sich alle unsere Gegner herumdrücken. Freilich, wenn man sie ihnen in dieser Form vorlegt, dann wagt selten einer, sie zu verneinen. So leicht wagt keiner zu sagen, daß er dem Arbeiter das Recht auf Lebensgenuß abstreitet. Aber man überlege nur: Nach der Rechnung, die wir eben aufmachten (und die, wie bereits bemerkt, zu mäßig ist), würden etwa 1500 M. gerade für die dringendsten Bedürfnisse ausreichen. Erst was darüber ist, könnte der Arbeiter auf Genuß und Erholung verwenden. Es müßte also, soll das Recht auf Lebensgenuß verwirklicht werden, jeder Arbeiter mehr, sogar weit mehr Jahres Einkommen haben als 1500 M. Und zwar müßte das nicht der Durchschnittslohn sein — denn dann wären ja alle, die unter dem Durchschnitt stehen, immer noch vom Lebensgenuß ausgeschlossen —, sondern es müßte der Mindestlohn sein, den auch der letzte, der ärmste Arbeiter erreicht.

Gibt es in unseren besitzenden Klassen auch nur einen Menschen, der solche Ansprüche gutheißt? Ja, ist es überhaupt denkbar, daß bei der herrschenden Staats- und Wirtschaftsordnung die Arbeiterklasse so weit in ihren Löhnen gehoben wird? Wer seine fünf Sinne beisammen hat, muß darauf mit nein antworten. Was folgt aber daraus? — Daß die Arbeiter auf Lebensgenuß verzichten müssen, sagen unsere Gegner. Natürlich sagen sie es nicht mit brutalen, offenen Worten. Sie sagen, die Arbeiter sollen zufrieden sein, sie sollen sparen (mit 12 M. Wochenlohn!), sie sollen nicht verschwenden, kurz, sie sollen sich einrichten mit dem, was sie haben. Besonders aber sagen sie es durch ihre Taten. Bei jedem Streik, bei jeder Bestrebung der Arbeiter, mehr zu erlangen, steht das gesamte satte Bürgertum zusammen wie ein Mann gegen die Arbeiter. Ja, was hat das alles für einen Sinn als immer nur den: der Arbeiter hat in Wahrheit keinen Anspruch auf Lebensgenuß!

Wir Sozialdemokraten denken anders darüber. Wir meinen, jeder Mensch, besonders aber jeder Arbeiter hat

unter allen Umständen ein Recht auf Lebensgenuß, und wenn die gegenwärtige Ordnung dies nicht zuläßt, so muß sie eben beseitigt, so muß sie von Grund auf umgeändert werden. Es geht nicht an, Zustände zu erhalten, in denen zwei Drittel aller Menschen dauernd Hunger leiden und selbst das letzte Drittel noch täglich dem Umsturz seiner ganzen Existenz ausgesetzt, von allen edlen Freuden und Genüssen des Lebens ausgeschlossen ist.

Dazu kommt noch eins. All diese Erörterungen drehen sich in der Hauptsache immer um Lohnerhöhungen. Aber das Elend des Arbeiters besteht keineswegs nur in seiner Armut. Denken wir zurück an die kurze Schilderung, die wir gaben, so springt uns in die Augen, worunter der Arbeiter leidet. Ebenso sehr wie unter dem Fluche der Armut leidet er unter der übermäßigen Anstrengung, der überlangen Arbeitszeit; ebenso unter der Ausichtslosigkeit seiner Existenz, der Unmöglichkeit, vorwärts zu kommen; ebenso unter der Inhaltslosigkeit der Arbeit, die seine geistigen Fähigkeiten verfrüppelt und ihm zur Qual macht; ebenso endlich unter der beständigen Abhängigkeit von fremdem Willen. Alle diese Leiden zusammen machen erst die soziale Frage aus.

Sie zu beseitigen ist gänzlich ausichtslos bei der herrschenden Ordnung der Dinge. Alles, was erreicht werden kann, ist eine unbedeutende Erhöhung des Lohnes; die aber längst noch nicht einmal zu genügender Ernährung ausreicht. Alle anderen Leiden und Qualen bleiben davon gänzlich unberührt.

Wir sehen also, daß Unternehmer und Behörden ganz recht haben, wenn sie den unzufriedenen Arbeiter staatsgefährlich schelten. In der Tat, der Arbeiter muß unzufrieden sein so lange, bis er den Ertrag seiner Arbeit zu einer Höhe getrieben hat, die bei den heutigen Zuständen unmöglich ist; er muß unzufrieden sein, bis er die Arbeit umgewälzt und aus einer Qual wieder zu einer Lust gemacht hat; er muß unzufrieden sein, bis er seine persönliche Freiheit erringt. Alle solche Bestrebungen aber führen, der Arbeiter mag es wollen oder nicht, zum Zusammenbruch der heutigen Ordnung, die wie ein eiserner Ring dem Arbeiter Lebenslicht und Lebensluft versperert. Wer den Arbeiter von seinen Qualen befreien will, der kann nicht „staats-erhaltend“, der muß „staatsgefährlich“ sein.

Aus der Bewegung.

Von der Agitation. In den zwei letzten Monaten war die Unterzeichnete sowohl für die Partei als auch für die Gewerkschaften agitatorisch tätig. Anlässlich der Maifeier sprach sie vor zahlreichem Publikum in Markersdorf und Helfersdorf bei Chemnitz. Sodann referierte sie in einer Reihe von Versammlungen, welche die Parteiorganisationen der Orte Jena, Kahla, Weisensfeld und Cotta bei Dresden einberufen hatten, über folgende Thematika: „Was hat die Frau als Arbeiterin vom neuen Reichstag zu erwarten?“ und „Die Frau als Arbeiterin und Staatsbürgerin“. In den drei erstgenannten dieser Orte beteiligten sich die Genossinnen lebhaft an der Diskussion. Alle vier Versammlungen wurden von Genossinnen geleitet. Im Interesse der Gewerkschaft wurde unter den Tabakarbeiterinnen und Arbeitern von Frankenberg eine Versammlung abgehalten, die in Anbetracht der dort herrschenden traurigen Lohnverhältnisse viel zu wenig besucht war. Auch die vom Verband der Fabrikarbeiter in Halle a. S. einberufenen drei Versammlungen in Halle, Amendorf und Kröllwitz hätten weit besser besucht sein können. In diesen Versammlungen, die hauptsächlich die Lage der Zigarrenarbeiterinnen und Arbeiter beleuchteten, kamen die empörendsten Zustände in den Zigarrenfabriken zur Sprache. Es wurde unter anderem behauptet, daß die Arbeiter bei einer zwei- bis vierjährigen Tätigkeit an den Nisthöfen ihre Gesundheit vollständig verlorben. Für den Textilarbeiterverband fanden in folgenden Orten gut besuchte Versammlungen statt: Pulsnitz, Cunevalde, Sohland (Spree), Ebersbach, Lautersdorf, Oberherwigsdorf, Reichenau, Seiffenhennersdorf, Neugersdorf, Sibau, Waltersdorf und Großschönau. Die Tagesordnung dieser Versammlungen lautete: „Wie wird sich der wirtschaftliche Kampf in Zukunft gestalten?“ In Zittau war der Besuch auffallend gering; hier hatten sich ganze 40 Textilarbeiterinnen eingefunden. Und das an einem Orte, an dem in jeder einzelnen Fabrik Hunderte verheirateter Frauen fronden müssen, weil die Löhne der Männer nicht viel mehr als Trinkgelder bedeuten! Als die Unterzeichnete dem bescheidenen Umfange an den Grund ging, daß angesichts der traurigen Verhältnisse so wenig Frauen erschienen waren, stellte es sich heraus, daß die Frauen in mehreren Fällen seitens der Männer vom Versammlungsbesuch zurückgehalten worden waren. Vielleicht trägt die Veröfentlichung dieser beschämenden Tatsache — doppelt beschämend, da organisierte Arbeiter in Betracht kamen — dazu bei, daß künftige Versammlungen in Zittau besser besucht werden. Für uns wird dieses Vorkommnis aber ein neuer Ansporn sein, auch in der Lausitz alles daranzusetzen, um die in den Fabriken beschäftigten Frauen und Mütter für die Organisation zu gewinnen.

Marie Bactwih.
In Ottensen hielt am 7. Juni Genosse Görlitz einen äußerst interessanten, inhaltreichen Vortrag über das Thema: „Weib, was habe ich mit dir zu schaffen!“ Anknüpfend an dieses biblische Wort, das Jesus zu seiner Mutter gesprochen haben soll, beleuchtete der Vortragende die Stellung der Frau in allen Zeiten und in allen Kulturländern. Zur modernen bürgerlichen Frauenbewegung kommend, betonte

er, daß diese eine bürgerliche Klassenbewegung sei, welche Damenrecht und nicht allgemeines Frauenrecht erstrebe. Im Gegensatz hierzu strebe die sozialdemokratische Frauenbewegung die Freiheit an für alles, was Menschenanständig trägt. Zum Schluß forderte der Redner die Frauen auf, Mitläufer der sozialdemokratischen Männer zu werden, sofern sie das noch nicht seien. In der Diskussion sprachen einige Genossinnen und Genossen im zustimmenden und ergänzenden Sinne und forderten die Anwesenden auf, Abonnenten der „Gleichheit“ zu werden sowie durch freiwillige Beiträge die Partei zu unterstützen. Einige Frauen leisteten der Auforderung Folge; die übergroße Mehrzahl war bereits für uns gewonnen.

E. L.
In Hagen in Westfalen tagte im Volkshaus eine von zahlreichen Frauen und Mädchen besuchte öffentliche Versammlung. Genosse Lippmann-Braunschweig sprach über das Thema: „Die Frauen und Mädchen und die gegenwärtige wirtschaftspolitische Situation.“ Die klaren und überzeugenden Darlegungen des Referenten fanden allseitige Zustimmung. Hoffentlich hat auch diese Versammlung dazu beigetragen, immer weitere Kreise des hiesigen Industriebezirks davon zu überzeugen, daß es besonders für die Arbeiterinnen notwendig ist, sich zu organisieren und fortzubilden. Zu den bereits vorhandenen 200 Abonnenten der „Gleichheit“ wurde eine erhebliche Zahl hinzugewonnen.

Die Behörden im Kampfe gegen die proletarischen Frauen.

Die Niederlage eines Staatsretters. Ein schneidiger Herr ist ohne Zweifel der Bürgermeister in Lobberich (Rheinland). Zu seiner besonderen Liebhaberei gehört die Verteilung der Sozialdemokratie seines Bezirkes. Wo sich die „rote Gesellschaft“ sehen oder hören läßt, ist er flugs mit Vernichtungsplänen auf dem Platze. Leider bewegen sich diese nicht immer in gesetzlichen Bahnen, und das ist wohl darauf zurückzuführen, daß dem Herrn die nötige Gesezeskenntnis mangelt. Das Oberverwaltungsgericht in Berlin hat das durch seinen Entscheid in dem folgenden Falle bestätigt. Im November 1905 sollte in Lobberich eine öffentliche Versammlung der Arbeiter und Arbeiterinnen stattfinden. Die Anmeldung besorgte der Gauleiter des Textilarbeiterverbandes, der dazu einen Bogen mit dem Ausdruck „Deutscher Textilarbeiterverband“ benutzte. Das genügte dem gestrengen Herrn Bürgermeister, in der Einberufung der Versammlung eine Aktion des Textilarbeiterverbandes zu erblicken. Und da dieser nach der Meinung des Herrn ein politischer Verein gemäß § 8 des preussischen Vereinsgesetzes sein soll, so dürften — folgerte das Stadtoberhaupt weiter — an der Veranstaltung Frauen nicht teilnehmen. Der überwachende Polizeibeamte wurde daher beauftragt, die Ausweisung der Frauen zu fordern, falls seiner Forderung aber nicht stattgegeben werde, die Versammlung aufzulösen. Der Einberufer verweigerte natürlich die Ausweisung der Frauen, und es kam zur Auflösung im Namen des Gesezes. Eine zweite Versammlung verfiel demselben Schicksal. Die eingelegte Beschwerde beim Landratsamt in Kempen und beim Regierungspräsidenten in Düsseldorf hatte keinen Erfolg. Die letztere „hohe Obrigkeit“ erklärte, daß der Deutsche Textilarbeiterverband als politischer Verein betrachtet werden müsse, denn — er gehöre zu den freien Gewerkschaften. In seinen Veranstaltungen würden erfahrungsgemäß staatliche Einrichtungen erörtert, ergo dürften Frauen seinen Versammlungen nicht beiwohnen. Welch rührende Unkenntnis klingt aus diesem Bescheid! Ob der Herr Regierungspräsident nicht weiß, daß auch für die Frauen das Koalitions- und Versammlungsrecht besteht, letzteres allerdings in beschränktem Maße, und daß die freien Gewerkschaften gegen 100 000 weibliche Mitglieder zählen? Am 30. Mai d. J. beschäftigte sich nun das Oberverwaltungsgericht mit der Angelegenheit und entschied, daß sowohl das Verlangen des Bürgermeisters, die Frauen aus der Versammlung auszuweisen, wie die Auflösung selbst unberechtigte Handlungen gewesen seien. Wollte achtehn Monate hat es gedauert, bis dieser Entscheid gefällt wurde. So lange sind die Arbeiterinnen an der Ausübung ihrer wirtigen Rechte von einer Behörde behindert worden, deren Aufgabe es sein soll, das Recht eines jeden Staatsbürgers zu schützen! Dem Bürgermeister ist der begangene Rechtsbruch vom obersten Gerichtshof klar gemacht worden. Was geschieht ihm aber dafür, daß er die Frauen behindert hat, ihre beruflichen Interessen dem gesetzlichen Rechte gemäß zu vertreten? Eine harmlose „Kasse“ von oben im äußersten Falle. Dafür aber wie für das Bewußtsein seines Reinfalles wird vielleicht in nicht zu später Zukunft die Tröstung mittels einer Beförderung erfolgen. In Preußen weiß man „pflichterfrige“ Beamte zu schätzen, und Schneidigkeit geht vor Gesezeskenntnis.

Politische Rundschau.

Der deutsche Liberalismus ist um eine geknickte Hoffnung ärmer. Hangend und bangend in schwebender Pein schaute er am 20. Juni nach Kiel, von woher eine schwerwiegende Entscheidung kommen mußte. Der Reichskanzler war an die Ostsee gefahren, um dem Kaiser Vortrag zu halten. Ein Raunen ging durch die Blätter, daß die Zusammenkunft über die Zukunft der Bülowischen Blockpolitik entscheiden werde. Es wurde davon gemunkelt, daß der Kanzler um seine Stellung kämpfen müsse gegen die Bestrebungen einer Gruppe seiner preussischen Ministerkollegen, deren Kopf der Finanzminister Freiherr v. Rheinbaben sei. Die Fahn, um die sich die Ministerkamarilla scharte, deren Treiben sich in der Presse zu erkennen gab, war die ihren Mitgliedern ge-

* Es ist übrigens keine Frage, daß diese Zahlen heute bei der gewaltigen Lebensmittelerhöhung, die infolge des neuen Zolltarifs bereits eingetreten ist, viel zu niedrig sind.

** Es ist natürlich gemeint, daß die Löhne sämtlicher Arbeiter in solchem Maße steigen, ohne daß die Waren teurer werden. Denn sonst wäre es ja wieder keine Besserung.

meinsame Feindschaft gegen die Blockpolitik. Die stramm konservativ-meritale Tradition der preussischen Bureaucratie wurde von ihr verteidigt gegen die Bülow'sche Schaum-schlägerei der konservativ-liberalen Paarung. Diesen Stock-reaktionären sind schon die kläglichen Konzeptionsalimosen zu viel, die Bülow den Liberalen für ihre Dienste — verspricht. Sie wollen auch den Schein einer Abschwächung des konservativen Kurzes zugunsten des Liberalismus nicht. Lieber wollen sie mit dem Zentrum geradlinige Reaktion treiben, als mit dem Liberalismus eine Gieranzpolitik, wenn diese auch zum selben Ziele führt wie jene und die Liberalen dabei schließlich doch die Gemeinerten sind. Die Minister-kamarilla begann ihre Schlingen zu legen, als die Guler-burgkamarilla eben gestürzt war; eine Kamarilla löst die andere ab. In einem Staate, in dem die Minister nicht Beauftragte der Parlamentsmehrheit, sondern Diener des Monarchen sind, in dem ferner die Zusammensetzung und Führung der Regierung nicht vom Willen des Volkes, sondern von dem eines einzelnen abhängt: ist ein Kampf von Kamarillen um die Beeinflussung des Herrschers etwas Natürliches. In einem parlamentarisch regierten Staate entfällt die Möglichkeit solcher Maulwurfsarbeit von selbst. Es ist bekannt, daß sogar Bismarck, der mächtige Hausmeister, trotz des großen Einflusses seiner kraftvollen Persönlichkeit auf den Monarchen oft genug genötigt war, gegen Kamarillen zu kämpfen. Er pflegte, um sich gegen Intrigen seiner Ministerkollegen zu schützen, zu dem Hilfsmittel zu greifen, möglichst unbedeutende Persönlichkeiten auf die Ministerfessel zu berufen. Dieses Verfahren, das geeignet ist, die besten Kräfte und fähigsten Köpfe von den Regierungsposten fern-zuhalten, hat seitdem an Beliebtheit nichts eingebüßt.

Das System des nur notdürftig verhüllten Absolutismus hat sich in Preußen und Deutschland halten können, weil die Bourgeoisie das Proletariat zu sehr fürchtete und daher einen energischen Kampf um die parlamentarische Regierungsform nicht wagte. Das Junkertum aber, das die Umgebung des Monarchen und die höhere Bureaucratie bildet, und somit viel bessere Wege zur Beeinflussung der Regierung hat als den parlamentarischen, ist mit dem Absolutismus durchaus einverstanden. Es weiß nur zu gut, daß letzterer nicht die Herrschaft des Monarchen, sondern seine eigene, die der herrschenden Klasse, bedeutet! Heutzutage ist der herabgekommene forrumpierte Liberalismus noch viel weniger als je in der Lage, einen Kampf um das parlamentarische Regiment zu wagen. Das veranlaßt ihn, um so mehr auf Hilfe von oben zu spekulieren. In den achtziger Jahren hoffte er auf den „liberalen“ Kronprinzen, den späteren Kaiser Friedrich, der ihm das goldene Zeitalter des Liberalismus bringen sollte — jetzt ist Bülow, der bis auf die Knochen agrarische Kanzler der Prinz, von dem das liberale Dornröschen wachgelöst zu werden hofft. Die fieberhafte Spannung, mit der der Liberalismus nach Kiel blickte, war deshalb ganz natürlich. Auf eigene Kraft nicht mehr vertrauend, klammerte er sich an die Hoffnung, daß Bülow über Rheinbaben triumphiere und die mit der Blockpolitik nicht einverständlichen Kollegen abschütteln werde. Dann — so hoffte man weiter — würde der Kanzler auch in Preußen der konservativ-liberalen Paarung eine Gasse brechen, wo die Rheinbaben und Studt bis in die letzten Tage mit Konservativen und Zentrum gegen den Liberalismus gearbeitet hatten, als hätte es nie die große Wendung im Reiche gegeben.

Am 24. Juni wurde die Entscheidung bekannt, die weder eine Entscheidung, noch eine reinliche Scheidung war. Mit dem Triumph der Blockpolitik war es nichts. Zwar hat sich Bülow behauptet und der den Liberalen am meisten verhasste Kultusminister v. Studt mußte gehen. Aber Rheinbaben blieb, der noch kurz vor Landtagschluß den Freisinn behandelt hatte, als wäre er nie feierlich zum Range einer Regierungspartei erhoben worden, und der die Seele des Widerstandes gegen Bülow gebildet hatte. Der Nachfolger Studts ist nicht ein Halbliberaler, wie der Liberalismus in seinen beschreibenden Träumen gehofft hatte, sondern ein Bureaucrat aus dem Eisenbahnministerium, der Unterstaatssekretär Holle. Von ihm konstatierte die „Kreuzzeitung“ mit Befriedigung, daß er durchaus auf religiöser Grundlage stehe. Daß er nicht Schulmann ist, verschlägt nichts, denn er ist ja Bureaucrat. Der Einwand der Nichtfachverständigkeit gilt in Preußen nur für den, der nicht der Junst der Mandarine angehört. Neben Holle tritt noch ein neuer Mann ins Ministerium, Friedrich v. Moltke, der bisherige Oberpräsident von Ostpreußen. Dieser Stockkonservative ist zum Minister des Innern ernannt an Stelle des in den Reichsdienst über-tretenden v. Bethmann-Hollweg. Der bisherige Polizeiminister, der vor etwa Jahresfrist im Abgeordnetenhaus die preussische Dreiklassenwahl mit philosophischen Sentenzen verteidigte, wurde Staatssekretär des Innern im Reiche. Er soll den Grafen Posadowsky ersetzen, der als zweites Opfer der Kieler Zusammenkunft fiel. Mit ihm fiel der letzte kümmerliche Rest deutscher Sozialpolitik.

Der Sturz Posadowsky ist das wichtigste Moment in diesen Veränderungen. Er fiel als Opfer der Scharfmacher, der rheinisch-westfälischen Großindustriellen, die in ihren Organen eine wütende Hege wieder ihn erbittert hatten. Allerdings war in diesen Artikeln nur die Rede davon, daß Posadowsky Gegner der Blockpolitik sei, wie er Gegner der Reichstagsauflösung gewesen. Das war für die Kreise, in deren Auftrag die Hege inszeniert wurde, indes nur ein Vorwand. Sie haßten den Staatssekretär für Sozialpolitik. Die Sozialpolitik Posadowsky's war kümmerlich genug. Der Staatssekretär des Innern war alles andere als ein weit-sichtiger Reformator. Unbedeutend hat er den Anschlägen auf das wichtigste der Arbeiterrechte, das Koalitionsrecht, zugestimmt. Er fürchtete jede Vermehrung der Macht der

Arbeiterklasse durch sozialpolitische Maßnahmen. Seine Sozialpolitik bestand in obrigkeitlicher Reglementierung, statt in einer Entfesselung der in der Arbeiterschaft webenden Kräfte. Aber Graf Posadowsky war bei alledem ein Mann von Wissen und großem Arbeitseifer. Seine ernste Arbeit erschloß ihm die Erkenntnis von der Notwendigkeit sozial-politischer Reformen, was er auch nicht verleugnete. Deshalb ward er gehaßt von den Scharfmachern, beargwöhnt von den Konservativen. Bülow schlug mehrere Fliegen mit einer Klappe, als er Posadowsky kalt stellen ließ. Er entledigte sich des Mannes, dessen tüchtige Arbeit und einbringende Sachkunde oft genug zu Vergleichen mit der Schaum-schlägerei des Kanzlers herausgefordert hatte. Mit Posadowsky wurde er einen unbequemeren Kritiker der Blockpolitik los, und er schlachtete den einflussreichen Großindus-triellen ein wohlgefälliges Opfer, die als Interessenten die eigentlichen Träger der durch die letzten Wahlen proklamierten Welt-, Militär- und Marinepolitik großen Stils sind. So ist der Sturz Posadowsky eine unumwundene Kriegserklärung an die Arbeiterklasse. Er bedeutet, daß selbst das armselige Ninnfal von Sozialpolitik, das Posadowsky betreute, nunmehr unter dem Glutenschloß der Welt-politik austrocknen soll. Wie wenig Bethmann-Hollweg das Zeug zum Sozialpolitiker hat, geht unter anderem daraus hervor, daß nach offiziöser Meldung Erwägungen über die Errichtung eines selbständigen Reichsamtes für Sozialpolitik schweben. Womit natürlich nicht gesagt ist, daß ein eigenes Reichsarbeitsamt die Sozialpolitik in Flor bringen müßte. Nicht die Institution, sondern der Geist, der sie erfüllt, ist das Entscheidende.

Der Liberalismus ist abermals der Genarte. Soweit es ihm Ernst ist um die Förderung der Sozialpolitik, muß er den Rücktritt Posadowsky's mehr bedauern, als er den Rücktritt Studts bejubeln kann. Die neuen Männer sind waschechte konservativ-bureaucrat. Rheinbaben aber bleibt! Dem Liberalismus ist wieder eine Lektion darüber erteilt worden, daß Einfluß im Staate erkämpft, aber nicht durch Artigkeit erbetelt wird. Aber auch diese Lektion wird, wie alle vorhergehenden, fruchtlos sein. Der Liberalismus ist schon zu schwach an Geist, um noch zu lernen.

Mit blutiger Gewalt sucht der französische Ministerpräsident Clemenceau das unklare Aufbegehren der Winger Südfrench gegen die unvermeidlichen Äußerungen kapitalistischer Produktionsweise zu unterdrücken. Die Not, die ihnen aus dem Überfluß des Weins erwuchs, hat die Massen der Winger zur Steuerverweigerung und Obstruktion gegen die Staatsgewalt, Gemeinderäte und Bürgermeister, zur Amtsniederlegung gebracht. Ministerium und Kammermehrheit haben außer einigen Maßregeln gegen die Weinfälscher nichts als das alte beliebte Mittel gegen Unzufriedene: Soldaten und blaue Bohnen. Wie weit sie damit kommen, muß die Zeit lehren.

H. B.

Gewerkschaftliche Rundschau.

Die Unternehmer suchen ständig nach neuen Machtmitteln, um ihre an sich bereits starke Position im wirtschaftlichen Kampfe noch mehr zu befestigen. Wenn schon die Waffen-vertellung im Kampfe zwischen Ausbeutern und Ausgebeuteten naturgemäß eine sehr ungleiche ist, so verändert sie sich infolge der einseitigen Unterstützung, welche die Behörden dem Unternehmertum zuteil werden lassen, noch mehr zugunsten des letzteren. Daß der um die nötigsten Lebensbedingungen ringende Arbeiter und seine für ihn eintretende Organisation von jener Seite weit weniger liebevoll beschützt werden, ist durch ungezählte Fälle bewiesen. Besonders charakteristisch für den behördlichen Unternehmerschutz sind die in letzter Zeit sich auffällig mehrenden „Erpressungsakten“, die aus Anlaß von Lohnforderungen gegen Arbeiter erhoben werden. In einem Punkte aber sind die Arbeiter ihren natürlichen Gegnern, den Unternehmern, von jeher voraus gewesen, nämlich: in der Opferwilligkeit. Die Arbeiter erhöhten ihre Gewerkschaftsbeiträge, wenn es galt, den Kriegsfonds zu stärken, und in den Zeiten größerer Kämpfe zeigten sie sich in der Aufbringung außerordentlicher Geldmittel stets von Solidaritätsgefühl beseelt. Mancher Unternehmer dagegen gab seinen Eigensinn auf und bewilligte ohne Rücksicht auf seine „Erwerbsgenossen“, die im Kampfe ausharrten, die Lohnforderungen der Arbeiter, wenn er gewahr wurde, welchen Schaden ihm der Ausstand Woche für Woche zufügte. Die Unternehmervereine sind nun emsig dabei, in dieser Richtung Wandel zu schaffen. Sie verbinden sich zu Streikentschädigungsgesellschaften. Von einer solchen Gesellschaft Metallindustrieller, die vor zwei Jahren erstand, wird folgendes bekannt. Am 1. Januar 1906 sollen ihr 1048 Firmen mit rund 160000 beschäftigten Arbeitern und Arbeiterinnen beigetreten sein. Als Beitrag zahlen die Unternehmer auf das Tausend Arbeits-lohn 8 M. An 235 Firmen wurden 534000 M. Streik-entschädigung gezahlt. Auch in anderen Industrien bestehen derartige Streikentschädigungsgesellschaften. Von fünf der letzteren, die sich zu einem gemeinsamen Verband zusammen-geschlossen haben, wird berichtet, daß die bei demselben versicherten Unternehmer rund 300000 Arbeiter beschäftigen. Inzwischen sollen weitere Einzelgesellschaften der Zentrale beigetreten sein. — Daß das neue Kampfmittel der Unter-nehmer von irgendwelchem entscheidenden Einfluß bei Lohn-kämpfen gewesen wäre, wurde bisher nirgends beobachtet. Für die Arbeiter bedeutet das Vorgehen ihrer Ausbeuter jedoch eine neue Mahnung, auch ihrerseits unablässig den Kriegsfonds zu stärken.

Während der Ausstand im Berliner Baugewerbe keine bemerkenswerte Veränderung zeigt, ist es im Dach- und Deckergewerbe zu einer Tarifabmachung gekommen,

welche für die Arbeiter ganz annehmbar ist. Es wurde ihnen die 8 1/2-stündige Arbeitszeit zugestanden, ferner ein Stundenlohn von 80 Pf., steigend bis 85 Pf. — Der Streit bei der Schreib- und Nähmaschinenfabrik Seidel & Naumann in Dresden ist leider zugunsten der Ausständigen beendet worden. Die Firma konnte den Betrieb aufrecht erhalten, da 700 getreue Fridoline sich dem Streit fernhielten und die Firma ihren Patriotismus durch regen Streikbrecherimport aus aller Herren Länder betätigte. — Die Aussperrung der Metallarbeiter im Mainingebiet hat nach einigem Entgegenkommen der Arbeitgeber ihr Ende erreicht. Sie war in der Hauptsache ein Versuch der Unter-nehmer, die Organisation der Arbeiter zu schädigen. Das einzige Ergebnis dieses Versuchs besteht jedoch darin, daß die Organisation nach dem Kampfe gefestigter dastehet als vorher, denn sie hat Hunderte neuer Mitglieder gewonnen. Als moralischer Erfolg von hoher Bedeutung kann bei dieser Aussperrung ferner die Tatsache verzeichnet werden, daß sich Tausende der organisierten Kollegen mit den Ausge-sperrten sofort solidarisch erklärten.

Aus der Textilindustrie sind wiederum zwei Lohn-erfolge zu melden. In der Geraer Weberei und Jute-spinnerei haben die 1200 ausständigen Arbeiter und Arbeiterinnen Lohnzulagen und eine Verkürzung der Arbeitszeit errungen. Auch in Bielefeld endete die Lohnbewegung mit einem Erfolg der Arbeiter. Von der überaus rührigen Tätigkeit des Textilarbeiterverbandes gibt uns eine Übersicht der von ihm im Jahre 1906 geführten Lohnkämpfe Kunde. Danach wurden 217 Lohnbewegungen in 155 Orten mit 1197 Betrieben und rund 190000 beteiligten Personen geführt. In 145 Fällen kam es zu einer friedlichen Beilegung des Konflikts. Die Mehrzahl der Streiks und Aussperrungen endete für die Ausständigen erfolgreich. Erreicht wurde eine Verkürzung der Arbeitszeit oder eine Abwehr geplanter Arbeitsverlängerungen von 283075 Stunden pro Woche für zusammen 67250 Personen. An Lohnhöhungen beziehungsweise an der Abwehr von Lohnreduzierungen wurden für 75344 beteiligte Personen 56708 M. erzielt. Eine Leistung, auf die der Verband alle Ursache hat stolz zu sein!

In der Berliner Konfektionsbranche muß in bezug auf den lezt hin abgeschlossenen Tarif anscheinend eine sehr umfangreiche Nachlese gehalten werden. Viele der Firmen, welche bewilligt haben, umgehen den Tarif und reagieren nicht auf diesbezügliche Anschreiben der Organisationsleitung.

Auf dem vierten Genossenschaftstag deutscher Konsumvereine zu Düsseldorf kam es zum Schluß zu einer Debatte, die für die Gewerkschaften höchst unerfreulich ist. Der Beschluß des Kölner Gewerkschaftskongresses, der den Organisationen die Verpflichtung auferlegte, mehr als bisher für die Konsumbewegung zu wirken, hat auf dem Genossenschaftstag keine entsprechende Stellungnahme herbeigeführt. Die aufgerollte Streitfrage wird ausführlich an anderer Stelle erörtert, denn sie ist von großer prinzipieller und praktischer Bedeutung für die Arbeiterinnen.

Die Jahreskonferenz des „Verbandes der evangelischen Jungfrauen“ beschäftigte sich diesmal auch mit der Frage, wie sich die Jungfrauenvereine zur Gewerkschaftsbewegung zu stellen hätten. Das Resultat dieser evangelischen Preisfrage war, daß die Jungfrauenvereine lediglich „christliche“ Gewerkschaften unterstützen dürfen, damit die Sozialdemokratie nach Kräften geschädigt würde. Inwiefern dieses löbliche Bestreben von Erfolg sein wird, können wir ruhig abwarten. Die Sozialdemokratie hat schon ganz anderen Stürmen standgehalten, als dem Sturm „christlicher Jungfrauen“.

Genossenschaftliche Rundschau.

Mitte Juni hat in Düsseldorf der vierte Genossenschaftstag des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine stattgefunden. Er war von mehr als 500 Delegierten aus allen Teilen des Reiches besucht, und seine Verhandlungen und Beschlüsse sind für die deutsche Konsumvereinsbewegung zweifellos von großer Bedeutung. Fünf Jahre ist es her, seit in Kreuznach eine scharfe Trennung der modernen Konsumvereine vom Allgemeinen Genossenschaftsverband erfolgte, dessen Leiter, der freisinnige Politiker Dr. Gräger, von der fortschreitenden Konsumvereinsbewegung um seine Herrschaft fürchtete. Die Trennung war im Interesse einer freien, unbehinderten Entwicklung nötig, wie sich immer mehr herausgestellt hat. 1903 wurde der Zentralverband in Dresden gegründet; nach dem ersten Bericht von Ende 1903 gehörten ihm circa 480000 Mitglieder in 585 Vereinen an; am 31. Dezember 1906 waren diese Zahlen auf 781000 bzw. 929 gestiegen. Der deutsche Zentralverband ist heute die bedeutendste Konsumvereinsorganisation auf dem Kontinent. Und die internationale Allianz bildet sich mehr und mehr aus einer formalen einflusslosen In-sanz zu einer nützlichen und zweckmäßigen Einrichtung um. Unter dem Einfluß der deutschen Konsumvereinsbewegung!

Aus der reichhaltigen Tagesordnung des Kongresses hat ein Punkt großes allgemeines und für die moderne Arbeiterbewegung besonderes Interesse: die Tarifverhandlungen mit den Gewerkschaften. Es ist erklärlich, daß die Gewerkschaften mit ihren Forderungen besondere Hoffnungen auf die Konsumvereine setzen, die ja, soweit der Zentralverband in Frage kommt, meist von Arbeitern oder ehemaligen Arbeitern verwaltet werden, unter denen sich auch Genossinnen befinden. Ferner ergeben sich auch sonst aus den Verhältnissen heraus sozusagen natürliche Berührungspunkte zwischen Gewerkschaften und Genossenschaften, die ein Hand in Hand gehen wünschenswert erscheinen lassen.

In bezug auf die Ausgestaltung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse herrschten auf dem diesmaligen Genossenschafts-

tag nicht zu verkennende „Unstimmigkeiten“ zwischen Genossenschaften und Gewerkschaften. Nach einem ziemlich aggressiven Referat v. Eins gegen zu hoch gespannte Forderungen der Gewerkschaften wurde ein von Vorstand und Ausschuss vorgelegter Antrag angenommen, den unsere Leserinnen an anderer Stelle finden. Zu diesem Antrag und zum Referat nahmen sämtliche Vertreter der beteiligten Gewerkschaften und ein Vertreter der Generalkommission Stellung. Erfreulicherweise wurden die Debatten streng sachlich geführt. Von den Gewerkschaftlern wurde besonders zu bedenken gegeben, daß der prinzipielle, allgemeine Teil des Antrags sehr verschieden ausgelegt werden könne. Diese Bedenken sind berechtigt, und von der loyalen Handhabung und Auffassung des Beschlusses wird es abhängen, ob eine gegenseitige Verständigung erfolgen kann. Im Interesse der Konsumvereine sowohl als der in ihnen beschäftigten Arbeiter und Angestellten ist das sehr zu wünschen.

Kritisch gestaltete sich auch die Situation nach der Abstimmung über einen neuen Tarif für die Bäckerarbeiter. Der gemeinschaftlich vom Bäckerverband und der Zentralverbandsleitung vorgeschlagene Tarif wurde glatt angenommen bis auf zwei Bestimmungen. Die Mehrheit lehnte es ab, unter allen Umständen die Arbeiter durch den Arbeitsnachweis des Bäckerverbandes zu nehmen und unter die Gehilfen auch die Backmeister zu rechnen. Daraufhin erklärte der Vertreter des Bäckerverbandes den Tarif für unannehmbar. Das langwierige und mühevollere Werk wäre also beinahe gescheitert an einer in der Praxis nebensächlichen Bestimmung. Die Mehrheit beschloß nur deshalb wie oben gesagt, weil es viele Bäcker gibt, die in einen anderen Beruf übergegangen sind, sehr gern aber dahin wieder zurückkehren unter günstigeren Lohn- und Arbeitsverhältnissen, wie sie Konsumvereinsbäckereien bieten. Die Vertreter der Vereine mit Bäckereien haben später eine Sonderföhrung abgehalten, die zu einem Kompromiß geführt hat, so daß der neue Tarif doch noch eingeführt werden dürfte.

Im übrigen hat der Kongreß wertvolle Arbeit für den inneren Ausbau der Organisation geleistet. An ihn schloß sich, wie üblich, die Generalversammlung der Großeinkaufsgesellschaft in Hamburg, die organisch eng mit dem Zentralverband verbunden ist. Sie hatte mehr geschäftlichen Charakter. Erwähnenswert ist der gegen eine starke Minorität gefaßte Beschluß, das Höchstgehalt der drei Geschäftsführer von 10000 auf 12000 M. zu erhöhen. Dagegen stimmten die Sachsen fast geschlossen, ebenso die zwei großen Hamburger Vereine und andere. Die süddeutschen Organisationen waren jedoch fast einhellig dafür. Uns scheint der Beschluß zu den Verhandlungen des Genossenschaftstags über die Tarifrfrage recht schlecht zu passen.

In Belgien sind bekanntlich die Genossenschaften politisch. Ein besonders blühendes, hochentwickeltes Unternehmen ist das Maison du Peuple in Brüssel. Großes hat es bereits als Konsumentenorganisation geleistet. Jetzt will die Genossenschaft mit ihrer Tätigkeit ein anderes Gebiet betreten und eine Volkslebensversicherung auf genossenschaftlicher Grundlage errichten. Die genossenschaftliche Arbeiterlebensversicherung wird den Namen La Prevoyance sociale (Die soziale Fürsorge) führen, und das Kapital wird von allen Parteioorganisationen, Kooperativen, Arbeitervereinen und Gewerkschaften gezeichnet.

Die genossenschaftliche Eigenproduktion in Großbritannien repräsentierte im Jahre 1905 nach Erhebungen des britischen Handelsamtes die Summe von 351 712 620 M., während die Zahl der in den Produktionsbetrieben beschäftigten Arbeiter 45 253 betrug.

Der leitende Ausschuß des internationalen Genossenschaftsbundes macht bekannt, daß der nächste internationale Genossenschaftskongreß vom 23. bis 25. September in Cremona bei Mailand stattfinden wird. Auf der Tagesordnung stehen unter anderem folgende Punkte: Die nationalen Organisationen des landwirtschaftlichen Genossenschaftswesens; die Bedeutung der genossenschaftlichen Großeinkaufsorganisationen; die Genossenschaft als Helferin der industriellen und landwirtschaftlichen Arbeiterbevölkerung im täglichen Leben; die Rolle der Frau in der Genossenschaft. Referentin: Frau Treub-Cornaz, Vorsitzende der holländischen Frauengenossenschaftliga. Die genossenschaftliche Gesetzgebung in den verschiedenen Ländern. Nach Beendigung des Kongresses wird den Teilnehmern Gelegenheit geboten, die genossenschaftlichen Anstalten in Mailand kennen zu lernen.

H. Fl.

Notizenteil.

Dienstbotenfrage.

Die Dienstbotenbewegung in Frankfurt a. M. schreitet langsam aber sicher vorwärts. Die Mitgliederversammlungen, die alle drei Wochen im Grünen Saale des Gewerkschaftshauses stattfinden, erfreuen sich einer lebhaften Beteiligung und bringen der Organisation immer neue Mitglieder. Am 26. Mai wurde eine öffentliche Versammlung abgehalten, in der Genosse Quint über „Volkshygiene und Gefindeschlaverie“ referierte. Dem interessanten Vortrag folgte eine Diskussion, in welcher Kollegin Bernhard, die über eine schon 38 jährige Erfahrung als Dienstmädchen verfügt, darauf hinwies, wie schwer oft ein Mädchen, das morgens die erste und abends die letzte bei der Arbeit sein muß, die Zeit findet, seinen Körper genügend zu reinigen. Sie führte einen Fall an, in dem ein Mädchen, das beim Fensterputzen verunglückt und in das Krankenhaus gebracht worden war, dort durch seinen verwahrlosten Körper allgemeine Veräuzung hervorrief und nur das Aschenputtel genannt wurde. Als allerdings bekannt wurde, daß das arme Mädchen bereits

morgens um 5 Uhr aufstehen und den ganzen Tag schwer arbeiten mußte, bis es abends um 12 Uhr in seiner kalten Kammer todmüde auf Lager fiel, wunderte sich niemand mehr über den Mangel an Reinlichkeit. Später nahm das Mädchen eine leichtere Stelle an und soll jetzt so sauber und adrett sein, daß man es nicht wiedererkennt. Die Rednerin wies auch auf die Häufigkeit der Fälle hin, in denen die Mädchen nach anstrengender Arbeit ohne Nachlassen ins Bett gehen müssen; da dürfe man sich über schwere Gesundheitschädigungen nicht wundern. Sie forderte ebenso wie Kollegin Vittorf zum Anschluß an die Organisation auf, damit diese Zustände abgeändert werden könnten. Genossin Rudolph ermahnte unter Bezug auf das Referat die Mitglieder, nicht leichtsinnig und gleichgültig mit ihrer Gesundheit umzugehen, da sich das später schwer räche. Sie sollten mit allem Nachdruck für die Durchführung des Dienstvertrags eintreten, damit ihnen kräftige, reichliche Nahrung, Zeit zum Einnehmen derselben sowie die nötigen Ruhepausen gewährleistet werden, um die durch schwere Arbeit verbrauchte Kraft wieder zu ersehen. Niemand solle sich ein Mittagessen von 25 Gramm ausgekochten Fleisches gefallen lassen, wie es kürzlich auf das Bureau des Vereins gebracht wurde. — Eine Mitgliederversammlung am 9. Juni beschloß einstimmig, die Stellenvermittlung vom 1. Juli ab in eigene Regie zu übernehmen, da sich der Anschluß an den städtischen Arbeitsnachweis nicht bewährt hat. Die Mitglieder haben ein nicht zu überwindendes Mißtrauen gegen denselben; sie wissen ihre Interessen nicht in dem Maße vertreten, wie es bei einem eigenen Stellennachweis der Fall ist. Dadurch, daß der städtische Arbeitsnachweis so wenig von unseren Mitgliedern benutzt wird, sind wir schon gezwungen, eine Änderung herbeizuführen, da sonst die Gewährung einer kostenlosen Stellenvermittlung von seiten des Vereins illusorisch gemacht würde. Dazu kommt noch, und das ist die Hauptsache, daß wir jetzt nach der Annahme des Dienstvertrags mit allen Mitteln für die Durchführung desselben eintreten müssen. Wenn es auch die Mitglieder, die bereits längere Zeit bei einer Herrschaft tätig sind, nicht versäumen dürfen, die letztere zur Annahme des Vertrags zu bewegen, so ist doch bei Vermittlung einer neuen Stellung der Vereinsleitung die beste Gelegenheit zur Durchführung des Vertrags geboten. Die Nachfrage nach Dienstboten, besonders aber nach Mitgliedern unseres Vereins, ist anhaltend groß. Wir hegen die Hoffnung, daß es uns gelingen wird, nach Übernahme der Stellenvermittlung in noch weit höherem Maße wie jetzt die Interessen der Mitglieder zu wahren und dem Vertrag Geltung zu verschaffen. Einige Mädchen haben den letzteren schon durchgesetzt. An Stelle der Genossin Schulze, die ihr Amt als Schriftführerin niedergelegt hat, wurde Kollegin Bernhard, eines unserer treuesten Mitglieder, einstimmig gewählt. Da die in unserer Generalversammlung gewählten Vorstandsmitglieder zum Teil nicht in der Lage sind, regelmäßig an den Sitzungen teilzunehmen, wurden die Kolleginnen Berninger, Burkhard und Wien zu weiteren Beisitzerinnen bestimmt. Genossin Prager warnte in der Diskussion davor, den Herrschaften Geld zu borgen, da dies dann oft für das Mädchen verloren sei, wie die Rednerin an mehreren Beispielen aus ihrer Praxis als Sekretärin bewies. Kollegin Bernhard erzählte, daß einem Mädchen ein ganzer Monatslohn direkt abgeleugnet wurde; in einem anderen Falle brannte die Herrschaft unter Mißnahme aller Haftseligkeiten des bedauernswerten Mädchens durch. Also ist Vorsicht bei derartigen „feinen“ Herrschaften in allen Fällen am Platze. Die Kolleginnen Vittorf und Berninger forderten zum Eintritt in die Organisation auf, um allen Mißständen siegreich begegnen zu können. — Die für 30. Juni festgesetzte Mitgliederversammlung fällt aus, um unseren jungen Mädchen Gelegenheit zu geben, das Sommerfest der vereinigten Gewerkschaften im Zivoliergarten mit feiern zu können.

M. R.

Von der Königsberger Dienstbotenorganisation. In einer ziemlich gut besuchten Dienstbotenversammlung in Königsberg i. Pr. sprach vor kurzem Genosse Stolt über das Thema: „Ist die Dienstbotenbewegung eine Kulturbewegung?“ Schon im Mittelalter — so führte der Redner aus — haben die Herrschaften zur Fesselung der Dienstboten nach der Polizei gerufen. Martin Luther bezeichnete die Dienstboten als unwillig und eine Plage Gottes. Als Mittel, sich dieser „Gottesplage“ zu erwehren, empfahl Luther die Prügelstrafe! Ein anderer Pfaffe derselben Zeit schrieb in seinem „Gefindeteufel“ andauernd nach der Polizei. Wir dürfen uns daher nicht wundern, wenn auch heute die Gebildeten und Besizenden gegen die Dienstboten eifern und ihre Bemühungen vertekeln, sich menschenwürdige Lebensbedingungen zu schaffen. Der Vortragende stellte die Forderung, daß für das häusliche Gesinde an Stelle der Gefindeordnung mit ihrem Zwangsverhältnis der freie Arbeitsvertrag treten soll, wie er für die gewerblichen Arbeiter besteht. Auch die Gefindebibliothek müssen fallen. Das Gesinde sei gegen Krankheit und Unfall zu versichern und müsse die Möglichkeit haben, die Streitigkeiten mit der Herrschaft vor gewerblichen Schiedsgerichten zum Austrag zu bringen. Genosse Stolt zeichnete darauf ein düsteres, aber nur allzu richtiges Bild, welchen Leiden die Dienstboten heutzutage vielfach ausgeht sind. Besonders übel sind sie bei den Herrschaften daran, die selber nichts zu brechen und zu beissen haben, aber aus „Standesrücksichten“ glauben, ein Mädchen halten zu müssen. Wandel könne nur durch Aufhebung der Gefindeordnung und durch eine starke Dienstbotenorganisation geschaffen werden, die den Herrschaften Respekt einflößt. Die Dienstbotenbewegung erweist sich als eine Kulturbewegung, denn sie hebt die Mädchen in jeder Hinsicht auf eine höhere Stufe. An der Diskussion be-

teiligten sich mehrere Rednerinnen, die durch Fälle aus ihrer Erfahrung bestätigten, was der Referent zum Kapitel des Dienstbotenelends ausgeführt hatte. Die Vorsitzende, Frau Döbler, erzählte von einem 66 Jahre (!) alten Dienstmädchen, das auf Grund seiner geringen Ersparnisse und seiner Invalidenrente hoffte, außerhalb des Dienstjochs einen ruhigen Lebensabend verbringen zu können. Die Armut starb aber bereits nach zwei Jahren, weil sie — wie der Arzt feststellte — im Dienste der Herrschaft ihre Nerven vollständig aufgelerien hatte. — Die Vorsitzende forderte die Dienstmädchen auf, sich durch die Herrschaften nicht vom Besuch der Versammlungen zurückhalten zu lassen. Zum Schluß empfahl sie ihnen, bei Streitigkeiten mit der Herrschaft nicht zur Polizei, sondern zum Arbeitersekretär Genossen Stolt zu gehen, der sich ihrer Lage schon annehmen werde.

Eine öffentliche Dienstmädchenversammlung zu Leipzig, in der Arbeitersekretär Genosse M. Lau über „Rechts- und Dienstfragen“ sprach, fand Ende Juni statt. An der Hand zahlreicher Beispiele erläuterte er die Rechtslosigkeit der Dienstboten unter der heutigen Gefindeordnung. Er forderte zu zahlreichem Beitritt zur Organisation auf, da es nur dadurch möglich sei, bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen zu erreichen. Der Umstand, daß die Organisation in Leipzig hinter den Dienstmädchenorganisationen anderer Städte noch etwas zurückstehe, sei keineswegs ein Grund zur Entmutigung. Es gelte vielmehr, erst recht energisch zu agitieren und einen starken Zusammenschluß anzustreben. In der Diskussion wurden krasse Fälle von Dienstmädchenausbeutung zur Sprache gebracht, die zur Illustration des Vortrags wirkungsvoll beitrugen.

Anna Graf.

Stellungnahme des Hamburger Dienstmädchenvereins zum neuen Dienstvertrag. In der am 18. Juni in Hamburg stattgefundenen Mitgliederversammlung der Organisation der Dienstmädchen, Wasch- und Scheuerfrauen wurde über den Dienstvertrag verhandelt. Die Mädchen begrüßten mit Freuden die in dem Vertrag festgelegten Erwerbsbedingungen ihrer Organisation: geregelte Arbeits- und Ausgehzeit sowie Aushändigung des Hauschlüssels an Mädchen über 18 Jahre. Am Schluß der gut besuchten Versammlung ließen sich zehn neue Mitglieder aufnehmen.

B. M.

Herrschafswillkür und Mädchenschutz. Auf dem Arbeiterinnensekretariat in Nürnberg erschien Mitte Mai hilfesuchend das Dienstmädchen des Gerichtsschreibers Winkler. Am Abend zuvor hatte man ihr um 9 Uhr das Haus verboten. Nun wollte sie wenigstens ihre Sachen holen; sie wagte es aber nicht, allein hinzugehen. Die Vorsitzende vom Dienstbotenverein begleitete sie daher und bekam bei dieser Gelegenheit die unsäglichsten Redensarten von der Frau Winkler zu hören. Zuerst wollte diese die Sachen nicht herausgeben, aber als mit der Polizei gedroht wurde, bequeme sie sich dazu. Das Buch wurde jedoch mit der Begründung zurückbehalten, daß es später beim „Herrn“ abgeholt werden sollte. Ursache des Streites war, daß das Mädchen zum 1. Juni fort wollte; die Herrschaft wollte es jedoch erst zum 15. ziehen lassen, von welchem Tage an sie lein Mädchen mehr brauchte, weil sie in die Sommerfrische gehen wollte; auf diese Art gedachte sie Lohn und Kostgeld zu sparen. Da es dem Mädchen jedoch um eine gute Stelle zu tun war, wollte es nicht mitten im Monat ziehen. Es hatte bei Winklers überhaupt noch keinen guten Tag erlebt. Schon vor einiger Zeit war das Mädchen meidend auf dem Sekretariat erschienen; es klagte über schlechte Behandlung seitens der Winklers. Als Genossin Grünberg die Vermittlerrolle übernahm, erklärte darauf Frau Winkler, sich zu bessern. Aber bald gingen Krach und Zanf von neuem los. Und doch hatte das letzte Mädchen ziemlich ein halbes Jahr ausgehalten im Gegensatz zu vielen seiner Kolleginnen, die innerhalb 14 Tagen aus und davon liefen. Von der Genauigkeit der „Herrschaft“ auf Kosten des Mädchens nur ein Beispiel. Da im Hause keine Wasserleitung vorhanden ist, muß das ganze Wasser, auch zur Wäsche, eine Treppe hoch geschleppt werden. Um aber möglichst wenig Geld für Feuerung auszugeben, wird die Wäsche nur gebrüht, nicht gelocht, und damit es nicht zu viel Wäsche wird, darf das Mädchen die seimige nur zum Teil mitwaschen. Die „Gnädige“ scheute sich nicht, dem Mädchen zuzumuten, sich von den paar Groschen Lohn die Wäsche außer dem Hause waschen zu lassen. Um die Bettwäsche des Mädchens war es schlimm bestellt, denn sie durfte nur knapp gebrüht werden. Ein Gesichtshandtuch gab es nur alle 14 Tage und auch das erst nach mehrmaligem Ersuchen. Als das Mädchen vor seinem Fortgang erklärte, es wolle im Dienstbuch sein Zeugnis nur auf Art und Dauer der Stellung ausgedehnt wissen, meinte die rechtskundige Dame: „Das macht mein Mann, wie er will.“ Das tat er denn auch, und es war danach! Herr Winkler leistete sich ungehörliche Eintragungen in das Dienstbuch, und seine Gattin stand nicht hinter ihm zurück; sie feilschte leidend um den Lohn. Das Mädchen hatte 7 M. zu beanspruchen; hiervon zog Frau Winkler jedoch 60 Pf. ab. Diese 60 Pf. bekam das Mädchen stets von einem Zimmerherrn als Trinkgeld; sie wurden jedoch von der „gnädigen Frau“ stets einfach in den Lohn eingerechnet. In diesem Falle wurde ihr also das Trinkgeld abgezogen, das sie noch gar nicht erhalten hatte. Schließlich schlug Herr Winkler dem Beistand des Mädchens, der die Bucheintragung beanstandete, die Tür vor der Nase zu. Auf dem Rathaus wurde er jedoch eines Besseren belehrt, und er erklärte dem wehmütigen in Gegenwart der Vertreterinnen der Dienstmädchen, die hier als Beistand anerkannt wurden: „Ich bin von einer falschen Voraussetzung ausgegangen und erkläre mich bereit, das Zeugnis dem Gesetz entsprechend umzuändern.“ Damit war der rechtskundige Herr Sekretär,

der den Arbeitern schon so oft den Text gelesen hat und sich deshalb in dauerndem Andenken befindet, gründlich hereinfallen. Die Dienstmädchen in Nürnberg werden sich den Fall merken, und unser Stellennachweis wird nie ein Mädchen für Leute übrig haben, die in den Hausgehilfen keine Menschen, sondern nur Arbeitstiere und willenlose Sklaven erblicken. Die Aufgabe des Dienstbotenvereins wird es sein, Mißstände unbarmherzig zu kritisieren und die Mädchen aufzuklären, damit sie sich dagegen verwahren, daß ihre Rechte und ihre Menschenwürde so mit Füßen getreten werden. +

Frauenstimmrecht.

Einen Antrag auf Einführung des allgemeinen Frauenwahlrechts zu dem österreichischen Reichsrat hat die sozialdemokratische Fraktion eingebracht. Des weiteren einen anderen, welcher den Frauen volles, unbeschränktes politisches Vereins- und Versammlungsrecht sichern soll. Die österreichische Sozialdemokratie bekundet mit ihrem Vorstoß, daß sie die politische Emanzipation des weiblichen Geschlechtes nach ihrer grundsätzlichen und praktischen Bedeutung wertet. Die Wiener Genossinnen haben beschlossen, die Anträge für die politische Gleichberechtigung des weiblichen Geschlechtes im Herbst durch eine große Kundgebung zu unterstützen.

Das Frauenstimmrecht und die belgische Sozialdemokratie. Der außerordentliche Parteikongreß der belgischen Sozialisten, der am 30. Juni getagt hat, beschäftigte sich auch mit der Frage des Frauenstimmrechts. Genossin Tillmans referierte über die Frage. Ihre Ausführungen gipfelten in den folgenden Vorschlägen: Durch intensive Agitation im ganzen Lande müssen die Männer von der Notwendigkeit und Nützlichkeit des Frauenwahlrechts überzeugt werden. Die belgische Arbeiterpartei hat Versammlungen zu veranstalten, in denen das Frauenwahlrecht behandelt und die Aufklärung der Arbeiterinnen gefördert wird. Der Parteitag soll die Initiative zu einer Kampagne ergreifen, welche auf die Erringung des aktiven und passiven Frauenwahlrechts zu den gewerblichen Schiedsgerichten, den Industrie- und Arbeitsrat und den Gemeinderäten abzielt. Er soll des weiteren darüber entscheiden, wann eine kräftige Agitation zugunsten des politischen Frauenwahlrechts einzusetzen habe. Über die Verhandlungen des Parteitags zu der Frage liegen uns zurzeit noch keine Berichte vor. Die belgischen Genossinnen haben eine rege Tätigkeit entfaltet, um die Beschäftigung der Partei mit ihr in regen Fluß zu bringen.

Die Einführung des beschränkten politischen Frauenwahlrechts in Norwegen verleiht das Bürgerrecht ungefähr 300 000 von 550 000 Frauen, die sich im wahlberechtigten Alter befinden, das heißt das 25. Lebensjahr vollendet haben. Daß gegen eine Viertelmillion Proletarierinnen als Armste ohne Wahlrecht bleiben, hat unfreiwillig bewirkt, daß auch konservative Abgeordnete für das beschränkte Frauenwahlrecht stimmten. Sie hofften durch dessen Einführung ihre Wählerzahl zum Schaden der sozialdemokratischen Partei zu stärken. Inwiefern sich diese Hoffnungen erfüllen, wird die Zukunft lehren. Da der Zensus nicht sehr hoch ist, erhalten immerhin auch Proletarierinnen das Wahlrecht, und je mehr sie von der politischen Agitation, dem politischen Kampfe erfaßt werden, um so sicherer werden sie mit der Zeit die bürgerlichen Parteien als Feinde der Arbeiterklasse erkennen und nur Sozialdemokraten zum Parlament entsenden. Auch die Einführung des beschränkten Frauenwahlrechts muß daher für unsere Partei ein starker Ansporn sein, ihre Agitation unter dem weiblichen Proletariat mit der höchsten Energie zu betreiben. Des weiteren fordert die Neuerung dazu heraus, mit aller Kraft den Kampf für das allgemeine Frauenwahlrecht fortzusetzen. — Aus der parlamentarischen Behandlung der Frauenwahlrechtsfrage sei noch das Folgende nachgetragen. Die Sozialdemokraten hatten, wie bereits mitgeteilt, die Einführung des allgemeinen Frauenwahlrechts beantragt. Für ihre Forderung fielen jedoch nur 48 von 121 Stimmen. Genosse Kundsen erklärte darauf im Namen seiner Partei, daß diese an ihrer Programmforderung des allgemeinen Wahlrechtes festhalte. Dennoch würden die sozialdemokratischen Abgeordneten für das beschränkte Frauenwahlrecht stimmen. Zunächst weil der Zensus derart bestimmt sei, daß es nicht als reines Damenwahlrecht auftrete, sondern auch einer immerhin nicht ganz geringen Zahl von Proletarierinnen zugute komme. Dann aber weil das beschränkte Wahlrecht bald das allgemeine Wahlrecht nach sich ziehen müsse. In Würdigung dieser Gründe sei auch die sozialdemokratische Stortingfraktion von sozialistischen Frauenorganisationen aufgefordert worden, für das beschränkte Wahlrecht zu stimmen, falls das allgemeine verworfen werde. Als entschiedener und lächerlicher Gegner des Frauenwahlrechtes überhaupt trat in der Debatte der konservative Malm auf, der nämlich Abgeordnete, der allein von den neun Mitgliedern des Verfassungsausschusses grundsätzlich gegen die politische Gleichberechtigung des weiblichen Geschlechtes gestimmt hatte. Seiner Meinung nach heißt es den Teufel mit Beelzebub austreiben, wenn man das beschränkte Frauenwahlrecht als Palliativ gegen den „Radikalismus“ einführt, denn dem Zensusstimmrecht werde das allgemeine Wahlrecht auf dem Fuße folgen. Im übrigen zertrübe er die alten verstaubten Lädenhüter des Spinnstoffs gegen das Frauenwahlrecht hervor, die aber gerade in Norwegen längst keinen Eindruck mehr machen. Schließlich bekämpfte er die Vorlage — um ihrer sprachlichen Mängel halber. Denen, welche noch immer auf das Kredo von der geistigen Überlegenheit des Mannes schwören, hat der Redner ungenügend einen harten Nasenstüber verabfolgt. Denn eine gottverlassene geistige Unterbärtigkeit wie er hätte auch die erste beste Durchschnittsfrau nicht paradiere können.

Unwissenheit oder Verlogenheit? In der „Zeitschrift für Frauenstimmrecht“ Nr. 7 klingt ein Artikel über die Einführung des beschränkten Frauenwahlrechts in Norwegen in der nachstehenden Verunglimpfung der Sozialdemokratie aus: „Die Sozialdemokratie ist in Norwegen wie in allen anderen Ländern, wo das Frauenstimmrecht ernstlich in Frage kam, auf diesem Ohre plötzlich merkwürdig taub gewesen und beobachtete eine sehr feindliche Haltung so lange, bis es gar nicht mehr anders ging und Gefahr vorlag, daß alle anderen Parteien sich demokratischer erwiesen als die Sozialdemokratie. Da, aber erst in allerletzter Stunde, besann sie sich, daß „Frauenstimmrecht“ ein Programmpunkt der internationalen Sozialdemokratie ist, und daß sie anstandshalber für dasselbe stimmen müsse. Dem Geiste nach dürfen wir das Stimmrecht der Frauen in Norwegen so gut wie in allen Ländern, wo es bis heute verwirklicht ist, für eine Errungenschaft des guten „bürgerlichen“ Fortschritts in Anspruch nehmen.“ Wir hängen diese Ausführungen tiefer. Sie charakterisieren sich durch die tatsächlichen Angaben, die wir fortlaufend über die Einführung des politischen Frauenwahlrechts in Norwegen gebracht haben, als gehässiger Schwindel, dafern sie nicht auf krasser Unkenntnis des Tatsachenmaterials beruhen. Die sozialdemokratische Fraktion des Storting hat sich nie gegen das allgemeine Frauenwahlrecht gestäubt, umgekehrt, sie ist seine eifrigste Befürworterin gewesen, wie ihr entsprechender Antrag beweist. Wogegen sie sich mit Zug und Recht gewandt hat, das war die Einführung eines Zensuswahlrechts, das wohl alle im Wahlalter stehenden bürgerlichen Damen emanzipiert, aber rund eine Viertelmillion Proletarierinnen rechtlos läßt. Das alles sind Tatsachen, die sogar in bürgerlichen Blättern zu lesen waren. Die Herausgeberin der „Zeitschrift für Frauenstimmrecht“ muß ihre Leserinnen sehr niedrig einschätzen, daß sie ihnen die angenagelte Verdrehung der Tatsachen zu bieten wagt. Aber die Herausgeberin heißt Anita Augspurg, das besagt alles.

Frauenarbeit auf dem Gebiet der Industrie, des Handels- und Verkehrswezens.

Frauenarbeit in den Vereinigten Staaten. Nach dem Bericht des Zensusbureaus, „Woman at Work in the United States“ (Erwerbstätige Frauen in den Vereinigten Staaten) betitelt, gibt es in den Vereinigten Staaten 4 883 630 Frauen und Mädchen, die zu ihrem eigenen oder ihrer Familien Lebensunterhalt durch dauernde Lohnarbeit beisteuern müssen. Das sind 21 Prozent der weiblichen Bevölkerung im Alter von über 16 Jahren. Unter diesen fast fünf Millionen arbeitenden Frauen sind aber jene nicht berücksichtigt, die ihre Einnahmen durch Kostgeben oder Logis vermieten zu erhöhen suchen. Unter den überhaupt in Betracht gezogenen 308 Berufsarten ist die Frau in 293 vertreten. Wir finden sie als Köchen, als Eisenbahnbremsen- und Lokomotivführer, bei der Feuerwehr als Spritzenfrau, bei der Bahn als Signalarbeiterin, bei der Transportindustrie als Droschkentreiberin, auf den Bauplätzen als Zimmerin und auf den Hausdächern als Schieferbedeckerin, ja die Maschinen-schlosser, Kesselmacher, Brunnenbohrer usw. Können Frauen ihre Kolleginnen nennen. Aber in der Hauptsache bleibt die Frauenarbeit doch auf die sogenannten weiblichen Berufe beschränkt. Den 10 weiblichen Lokomotivführerinnen zum Beispiel stehen 388 144 Schneiderinnen gegenüber, den 5 weiblichen Köchen 327 206 Lehrerinnen, den 7 Straßenbahnschaffnerinnen 146 929 Verwalterinnen von Hotels und Cafés, den 43 weiblichen Droschkentreiberinnen 231 458 Stickerinnen und solche, die sich mit Handarbeit in Fabriken ausschließlich ernähren. Rund ein Viertel der fast fünf Millionen erwerbstätiger Frauen sind immer noch Dienstmädchen. Von den erwerbstätigen Frauen sind 1 771 961 eingeborene Amerikanerinnen, 1 119 821 Regierinnen, 1 090 744 waren in den Vereinigten Staaten geborene Kinder von Eltern, die selbst im Ausland geboren wurden. Die Einwanderer stellen 840 011 Personen zur weiblichen Arbeiterschaft. Die Befreiung der amerikanischen Frau von der schweren Arbeit, von der so oft geredet wird, beleuchtet der Bericht durch folgende Ziffern: es gab nicht weniger als 453 405 weibliche Farmarbeiter und 307 706 Farmerinnen. Chagrin-New York.

Weibliche Fabrikinspektoren.

Die erste Fabrikinspektorin im Staate Minnesota (Vereinigte Staaten von Nordamerika) ist kürzlich angestellt worden. Das Amt der Fabrikinspektorin ist vom Staatsparlament geschaffen worden, das damit einer Forderung nachkam, die immer dringlicher von den Frauen erhoben wurde. Da es in Minnesota 30 000 inspektionspflichtige Arbeiterinnen gibt, ist die Tätigkeit einer einzigen Beamtin natürlich nicht hinreichend, eine strikte Durchführung der gesetzlichen Schutzvorschriften sichern zu helfen. In den Vereinigten Staaten wie in Deutschland erachtet das herrschende Unternehmertum, daß ein zu kleiner Stab von Fabrikinspektionsbeamten ein treffliches Mittel ist, zu Ehren seines Geldsacks das Gesetz straflos brechen zu können.

Landarbeiterfrage.

Mutterpflicht und Gefindeordnung. Die Arbeiterfrau K. aus Ziegelhöfen (Ostpreußen) hatte sich, als sie noch unverheiratet war, bei dem Besitzer Krüger bis zum 1. Oktober 1906 vermietet. Vor Ablauf der Dienstzeit wurde die K. von einem Kinde entbunden, worauf sie sich verheiratete. Dem Besitzer versprach sie, bis 1. Oktober im Dienste zu bleiben. Bald sah sie jedoch ein, daß sie mehr versprochen

hatte, als sie halten konnte. Frau K. mußte den Säugling viele Stunden allein zu Hause liegen lassen, da ihr Mann auch auf Arbeit war. So war das arme Wurm ohne jede Abwartung und Pflege, bis die Mutter heimkehrte und nach ihm sah. Als besondere Gunst wollte es der Besitzer angesehen wissen, daß es der Frau gestattet war, in der Frühstücks-, Mittags- und Vesperpause nach Hause zu eilen, um nach dem Kinde zu sehen. Als ob er die Einwilligung dazu nicht schon aus rein menschlichem Empfinden heraus hätte geben müssen! Die Frau mußte sich natürlich in den knapp bemessenen Pausen aufs äußerste abhegen und litt darunter gesundheitlich sehr. Als sie es nicht mehr mit ansehen konnte, wie ihr Kind durch die mangelnde Pflege langsam zugrunde ging, verließ sie noch vor Ablauf des Kontraktes den Dienst. Hierfür wurde sie nach der Gefindeordnung vom 24. April 1854 mit einem Strafmandat von 3 M. beehrt. Dagegen legte sie Berufung ein. Die Sache kam nun vor der Königsberger Strafkammer zur Verhandlung. Die Berufung wurde verworfen, weil die Frau „kein Recht hatte, den Dienst vorzeitig zu verlassen. Sie hätte für das Kind irgendwie sorgen müssen, indem sie es zum Beispiel anderweitig in Pflege gab oder eine Pflegerin für das Kind annahm“. Das ist wirklich blutiger Hohn auf die erbärmlich schlechte Lage des ländlichen Proletariats oder grober Unverstand. Gern hätten wir gewußt, wieviel die Eheleute gemeinsam verdient haben. Doch so viel können wir den Herren vom Gerichtshof sagen: wenn die Eltern eine andere Möglichkeit gehabt hätten, für geeignete Pflege ihres Kindes zu sorgen, dann hätten sie nicht erst abgewartet, bis es fast zugrunde gegangen war. Allerdings, ein Kindermädchen hätten sie sich nicht halten können. — Und angesichts solcher Tatsachen wagen es die Anhänger der gegenwärtigen Gesellschaftsordnung auch noch, zu behaupten, die Sozialdemokratie wolle die Familie auflösen! Geseht den Fall, die Sozialdemokratie hegte wirklich diese Absicht, so würde sie doch in weiten Volksschichten nicht mehr viel zum Auflösen vorfinden. Das hat die heutige Gesellschaftsordnung schon gründlichst beforgt. Rudolf Wed.

Frauenbewegung.

Die radikalen bürgerlichen Frauenrechtlerinnen liberal, das ist ein Eingeständnis, welches Nummer 13 der „Frauenbewegung“ endlich einmal offen ausspricht. Da die „liberale organisierte bürgerliche Frauenbewegung“ in dem betreffenden Artikel ausdrücklich in Gegensatz zu der Frauenbewegung anderer Richtungen gebracht wird, so ist jede mißverständliche Auffassung und vernebelnde Deutung ausgeschlossen. Was wir von Anfang an behauptet haben, was aber die Damen stets mit viel „fittlichem“ Pathos bestritten: nun ist es von ihrem führenden Organ bestätigt worden. Es gibt keine einheitliche, ungeteilte Frauenbewegung, und der radikale Flügel der Frauenrechtelei schwebt nicht dem Geist Gottes gleich über den stürmischen Wellen der Klassen- und Parteikämpfe, sondern ist eine bürgerlich-liberale Organisation. Und an dieses eine Eingeständnis schließt sich ein anderes. Nämlich, daß „vorläufig von einem Zusammengehen der Anhänger dieser starken Dogmen (gemeint sind die katholische und die sozialdemokratische Frauenbewegung. Die Red.) mit der liberalen organisierten bürgerlichen Frauenbewegung nicht die Rede sein kann“. Natürlich wird diese Feststellung mit dem schmachtenden Wunsche garniert, daß „gelegentliches Zusammenarbeiten und Zusammengehen immer erstrebenswert sei und bei höher veranlagten und nicht ganz in Unsehlbarkeitsdübel erstarrten Persönlichkeiten gelingen wird“. Wobei die Damen mit der Bescheidenheit, die sie so ungemein ziert, sich ganz richtig als die höher veranlagten Persönlichkeiten einschätzen, die unsehlbarst darüber zu entscheiden haben, was Dogma und was Unsehlbarkeitsdübel ist. Übrigens entbehrt die Versicherung, daß die radikale Frauenbewegung als „unentwegte“ liberale Bewegung in stolzer Einsamkeit ihre Pfadelein fürbaß ziehen wolle, nicht eines komischen Beigeschmacks. Für den, der die Geschichte der radikalen Frauenrechtelei kennt und ihre oft recht läppischen Versuche, sich an die Genossinnen und die Partei heranzudrängeln, erinnert sie allzu sehr an den Fuchs, der die Trauben sauer fand, weil er sie nicht erreichen konnte.

Eine Reverenz bürgerlicher Frauenrechtelei vor dem russischen Absolutismus. Eine Deputation des „Internationalen Frauenbundes“ hat sich am 18. Juni im Haag von dem Regisseur der Friedenskomödie der Klassenstaalichen Regierungen, die sich im Betrüben überbieten — Pardon von dem Präsidenten der Friedenskonferenz empfangen lassen. So weit, so gut. Die Audienz würde nicht mehr bedeuten als eine der üblichen Illusionen, welche den Frauenrechtlerinnen derartige Wallfahrten vor allerhöchste, höchste oder wenigstens offizielle Persönlichkeiten als große politische Taten erscheinen läßt. Aber der Präsident der Friedenskonferenz heißt Melidow und ist seines Zeichens offizieller Vertreter und Diener des Zaren, ist eines der intrigantesten Werkzeuge des verbrechenbeladenen russischen Absolutismus. Und unter den Delegierten der frauenrechtlerischen Organisation befand sich Frau Stritt, Vorsitzende des „Bundes deutscher Frauenvereine“, die nämlich Frau Stritt, die in dieser ihrer Eigenschaft auf der letzten Generalversammlung des Bundes warm eine Sympathieerklärung für die russischen Freiheitskämpferinnen befürwortet hatte. Heute die russischen Freiheitskämpferinnen feiern, morgen aber eine Reverenz dem Zaren des Schergenregiments erweisen, das mit dem Blute von Zehntausenden Helden und Märtyrer besudelt, das von Millionen Unglücklicher verflucht, Märtyrer ist: das gelingt offenbar nur der dogmenreinen Seele einer „höher veranlagten“ Persönlichkeit. „Die Überzeugung ist des Mannes Ehre“, sollte sie nicht auch die der Frau sein?

Eure Weisheit.

Von I. G. Fischer.

Ich sah am liebsten hoch im Turm
Weit nach den blauen Landen,
Bin jauchzend bei dem lauten Sturm
Des Glockenschwungs gestanden.
Ich kam hernieder, dort empor
Schlägt noch mein Herz nach Jahren.
So blieb ich immer euch ein Tor,
Die niemals droben waren.

Rote Oftern.

Historisches Gemälde aus dem Bauernkriege.

Von Robert Schweichel.

(Schluß.)

Raum der zehnte Teil war auf der Wiese, und Hans Winter vom Odenwald führte über diese den Oberbefehl. Die Gefangenen wurden in den Kreis der Bewaffneten geführt, und Jäcklein Rohrbach verkündete ihnen das Todesurteil: sie sollten durch die Spieße gejagt werden. Das war die Strafe, welche das Kriegsrecht jener Zeit auf Verrat und Ehlosgelüste setzte. Da wurden die stolzen Gesichter bleich, und die Gräfin stieß einen Schrei des Entsetzens aus. Sie wäre in Ohnmacht gefallen, wenn Graf Ludwig sie nicht gehalten hätte.

Hans Winter ließ die Gasse bilden; Hans Waldner von Redargartach schlug die Trommel, wie es bei Hinrichtungen dieser Art alter Brauch war. Jäckleins Trabanten waren vorn daran. Der Knecht des Konrad Schenk von Winterketten begann den Reigen durch die vorgestreckten Spieße und wurde sogleich niedergestoßen. Ihm folgte sein Herr. Jetzt war die Reihe an dem Grafen von Helfenstein. Dreißigtausend Gulden bot er den Bauern als Lösegeld. Umsonst! „Und wenn du uns zwei Tonnen Goldes geben würdest, so mußt du doch sterben,“ ward ihm zur Antwort. „Gnade! Gnade!“ schrie verzweifelt die Gräfin; aber sie fand nur taube Ohren, und das junge Herrlein erhielt selbst einen leichten Lanzenstoß in die Brust, wovon es zeitweilig die Narbe trug. In diesem Augenblick gewahrte die Gräfin die Schwarze Hofmännin, und vor ihr auf die Knie sich werfend, flehte sie in herzzerreißenden Tönen: „Du bist ein Weib; du mußt mit mir fühlen: Gnade für den Vater meines Kindes!“

Die dunklen Augen der Hofmännin funkelten; sie atmete tief auf, und ihre hagere Gestalt höher und höher aufrichtend, sprach sie: „Gnade? Schau die Männer dort! Deine Schönheit, dein Unglück, deine Tränen rühren sie nicht; denn sie gedenken, wie sie umsonst die Knie ihrer Herren umfaßt, wenn diese ihren Vater, ihren Bruder, ihren Sohn um ein geringes in die tiefen Verließe ihrer Türme hinabwarfen, wo sie ohne Speise und Trank verschmachteten und ihr Flehen und Heulen und Erbitten kein Gehör und kein Erbarmen fanden. Sie gedenken, wie oft sie von den Herren mit Hunden gehetzt worden sind wie Hunde, und sie gedenken, wie auf ihrem durch Hunger und Fronen abgemagerten Rücken die Peitsche erbarmungslos geschwungen wurde. Gnade? Ja, ich fühle mit dir. Du bist die Tochter eines Kaisers und ich nur ein arm, elend Weib aus dem Volke, aber ich bin Mutter wie du — ich war es, und darum fühle ich mit dir, und dein Schmerz ist mir Wollust. Ach, was hatte mein armer Bub' denn getan, daß er in den Tod gehetzt wurde? Das Rotwild äste unsere Saat, der Eber wühlte unsere Frucht aus dem Acker. Da hat er mit seinem Handrohr das Wild geschweicht und einen Hirschen geschossen. Dafür ward er mit den Füßen geschmiedet an das Geweih eines Hirschen und festgebunden auf seinem Rücken. Umsonst hab' ich im hellen Hammer den Edelmann angefleht; umsonst lag ich wie du mit blutigen Tränen im Staub vor der Edelfrau. Mit dem Fuße stieß sie mich fort wie einen winselnden Hund, und ich folgte den Hunden, die meinen Knaben jagten. Und ich fand ihn, fand ihn nach vielen Tagen im Dickicht, ihn und den Hirschen, sein bleiches Gebein festgeschmiedet an dem Geweih, zerrissen von den Wölfen, mein Kind, mein einziges Kind! Meine salzigen Tränen haben den Tod nicht erweicht; aber mein Gebet um Rache hat den Himmel erbarmt. Bei dem zerfleischten Leichnam meines Kindes hab' ich gelobt, nicht eher zu ruhen und zu rasten, als bis ich dies Messer in die Brust eines adeligen Schelmen gestoßen.“

Sie lehrte der Gräfin mit einer abweisenden Handbewegung den Rücken. Der Stolz und Hochmut der schönen Kaiserstochter war zermalmt für alle Zeit.

Somit die Worte der Hofmännin vernehmbar gewesen waren, blickten die Bauern mit einer staunenden Bewunderung auf ihre Führerin. Hatte sie doch ausgesprochen, was alle gelitten hatten und fühlten. Jäcklein Rohrbach, der unbändige Gefelle, hatte einen feuchten Schimmer im Auge, und er bewilligte dem Grafen, daß er erst beichten durfte. Der Graf habe so viel unschuldig

Blut auf der Seele, äußerte er, daß seine ewige Verdammung gewiß sei; daran wollten sie nicht schuld sein. Jakob Leuz, vor dem Aufstand Pfarrverweser von Winzhofen und jetzt oberster Feldschreiber der Bauern, welcher mit anderen, worunter mancher Stadtbürger, von dem Wirbeln der Trommel auf die Wiese gelockt worden, hörte des Grafen Beichte. Dieser schenkte ihm zum Dank sein Paternoster, welches er fortan am Arm trug. Als der Graf zum letztenmal Weib und Kind umarmte — die Frau konnte nur mit Jammerblicken reden —, trat Melchior Nonnenmacher, des Grafen Spielmann, auf ihn zu und höhnte: „Ich hab' Euch oft mit meiner Finte ergötzt, wann Ihr fröhlich tafeltet und tanztet, und Ihr habt mir dafür manche Gabe verehrt. So will ich Euch denn jetzt auch zum rechten letzten Tag aufspielen!“ Eine lustige Weise blasend schritt er dem Grafen voraus bis an die Gasse. Der Graf folgte ihm in fester Haltung, und Urban Meßner aus Waldbach stieß ihn in die Spieße. Die Hofmännin stürzte auf die Leiche zu, stieß ihr das Messer in die Brust und rief, die gerötete Klinge zur Sonne erhebend: „Grafenblut für Bauernblut!“

Helfensteins Knappe und sein Hofnarr fielen zunächst, und so ward einer nach dem anderen in die schreckliche Gasse gestoßen, unter dem Dröhnen und Tönen der Trommeln, Pfeifen und Finken, welches den Schmerzens- und Todeschrei der Gerichteten überäubte. Als die Sonne im Mittag stand, war die Blutarbeit vollendet.

Die Grafen von Hohenlohe schickten noch selbigen Nachmittag des zweiten Ofterfeiertags zwei Feldschlangen und etliche Zentner Pulver und Steinflugeln, welche die Bauern bisher trotz aller Drohungen nicht von ihnen hatten erhalten können, mit einem geschmeidigen Schreiben nach Weinsberg. Auch die beiden Grafen von Löwenstein stellten sich jetzt dort und erboten sich, in den Bund zu treten. Als ein Stadtbürger vor ihnen den Hut zog, schlug ihm ein altes Bäuerlein mit dem Schaft seiner Hellebarde über den Rücken und rief: „Dummlopf, die sind nimmer keine Herren nicht mehr!“ Und die edlen Grafen lästeten vor dem alten Männlein, das sich darüber schier tolltachen wollte, wieder und wieder auf sein Geheiß die Hüte. Aber der Bauernrat bedeutete ihnen, daß man jetzt nicht Zeit hätte, sich mit ihnen zu beschäftigen, und sie mußten in dem Hausen zu Fuß mit nach Heilbronn marschieren.

Dorthin brach nach dem Ofterfest das Heer auf. Voran schritt auch jetzt die Schwarze Hofmännin, jedoch nicht düster grübelnd, gesenkten Hauptes wie sonst, sondern stolz und frei. Die Vergeltung, welche sie an der Leiche ihres Sohnes gelobt, war vollzogen, gerochen das Leid ihres Volkes, das sie wie keine in ihrem Herzen mit heißem Schmerz getragen, und ihr runzeliges Antlitz leuchtete wie verklärt. Gott hat es gewollt!

Auf der Stelle, wo den Grafen Ludwig Helfenrich von Helfenstein die Vergeltung für seinen Leichtsinns und seine Untreue ereilte, steht eine kleine Kapelle. Sie ist aus den Steinen der Stadt erbaut, welche der Truchseß Georg von Waldburg mit Feuer und Schwert bis auf den Grund zerstörte. Etwa hundert Schritte davon steht, eingeschlossen von einem Steinfranz, der auf steinernen Pfeilern ruht, eine Linde. Unter dieser Linde soll der Rat seine Versammlungen gehalten haben, bis ihm erlaubt wurde, die Stadt wieder aufzubauen. Ob das wahr ist? Ich glaub's nicht. Die Linde befindet sich der ehemaligen Stadtmauer zu nahe, als daß sie schon damals dort gestanden haben könnte. Ich meine, sie wurde wohl von einem, dessen Herz der Freiheit unverloren blieb, als Protest gegen das Grabkirchlein heimlich an der Stelle gepflanzt, wo einst den Edelleuten das Urteil gesprochen worden. Das alte Welsenschloß auf der Höhe ist aus seinen Trümmern nicht wieder aufgestanden, ebensowenig wie die zahllosen Raubnester des Adels, welche von den Bauern niedergelegt wurden; die Totenkapelle ist zur Kumpellammer geworden, aber die Linde grünt noch. Nur die unteren Zweige, welche einst auf dem Steinfranz ruhten, sind verdorrt und abgehauen, während in ihrem grünen Wipfel noch heute die Sommerwinde spielen. Eines Tages stand ich unter ihr, und in dem Rauschen der Blätterkrone über meinem Haupte vernahm ich die Geisterstimme der Blutzegen des Jahres 1525. „Nicht sind wir vergebens gestorben,“ so rauschte und flüsterte sie, „denn eine bessere Zeit haben wir heraufgeführt, trotz allem. Uns hat die Mordart gefällt, aber der Saft der Freiheit quillt noch lebendig in Stamm und Zweigen des deutschen Volkes.“

Sittlichkeit.

Von Anna Julia Wolff.

„Ach, gnädige Frau, haben Sie doch Mitleid, das Elend bei uns ist ja so groß!“

„Das ist ja recht betrübend, aber schließlich kann man doch nicht jedem Menschen helfen.“

„Gnädige Frau, ich dachte bloß, weil ich Ihnen doch sieben Jahre treu gedient habe!“

„Dafür sind Sie anständig bezahlt worden und haben gute und angenehme Tage genossen.“

„Es ist wahr, das habe ich, und ich denke ja auch gern an die schöne, sorglose Zeit zurück.“

„Warum sind Sie nicht geblieben?“

„Warum?“ Die bleiche, verhärmte Frau sah mit grenzenlosem Erstaunen auf ihre ehemalige Brotherrin.

„Warum? Ja, man will doch auch mal heiraten, man sehnt sich doch auch nach einem eigenen Heim.“

„Und nach einer Herde Kinder, die man nicht ernähren kann, darauf läuft's ja schließlich doch nur hinaus!“

In den trüben Augen der unglücklichen Frau standen schwere Tränen, und mit weher Stimme kam es von ihren Lippen:

„Das ist ja eben das Furchtbare, daß man zusehen muß, wie die Unschuldigen leiden, — ohne ihnen helfen zu können!“

„Marie!“ Die elegante Frau maß ihr Gegenüber mit strengen, herrischen Blicken. „Ist es Ihnen und Ihrem Manne nie zum Bewußtsein gekommen, daß Sie eigentlich ein Verbrechen an Ihren Kindern begehen?“

In den Augen der Armen flammte es auf, doch sie bezwang sich und fuhr mit müder Stimme fort:

„Ein Verbrechen?! Ich weiß nicht, wie Sie das meinen, gnädige Frau. Es ist ja so traurig, daß wir im Elend stecken, aber wir können doch nichts dafür!“

„Ach so! Ihr könnt nichts dafür, daß ihr in frevelhaftem Leichtsinns sechs Kinder in die Welt setzt, ohne für sie Brot schaffen zu können!“

„Gnädige Frau!“

„Das ist ja eben das Unsittliche und Verwerfliche bei euch kleinen Leuten! Gedankenlos wie das Vieh frönt ihr nur euren Lüste und fragt nicht: was soll daraus werden? Wenn dann das Unglück da ist, wenn ihr krank und verbraucht seid, dann sind die reichen Leute gut genug, eure Kinder zu ernähren!“

„Wir haben uns doch so lieb.“ Wie ein Hauch kam es von den Lippen des gequälten Weibes.

„Das ist auch eine Logik und Entschuldigung! Aber ich will Sie nicht länger plagen, hier haben Sie fünf Mark, Marie, nun beherzigen Sie meine Worte und kommen Sie endlich einmal zur Vernunft.“

„Ich danke Ihnen, gnädige Frau!“ sagte die Arme mit verhaltener Bitterkeit. Nur der Gedanke an ihre Kinder hielt sie davon ab, der andern das Almosen vor die Füße zu werfen.

Kurze Zeit, nachdem sie gegangen war, trat der Gemahl der sittlich entrüsteten Dame ins Zimmer.

„Nun, Maus, — noch nicht bei der Toilette?“

„Nein, Fritz, ich gehe nicht mit zu Eschenheimers.“

„Du gehst nicht mit, ja, warum denn nicht, Schatz?“

Die junge Frau hatte sich von der Chaiselongue erhoben und stand mit fast feindseligen Blicken dem Gatten gegenüber.

„Es ist wieder einmal so weit mit mir, Fritz.“

„Was ist mit dir, Wera?“

„Ich sehe einem sogenannten freudigen Ereignis entgegen.“

„Ach nein!“

„Ach ja, mein Lieber, da wären wir wieder einmal angelangt.“

„Das ist fatal.“

„Fatal? findest du? Es heißt doch, es sei ein Segen des Himmels? Aber im Ernst, Fritz: aus der Sache wird nichts, hörst du: Ich will es nicht, und es darf nicht sein!“

„Nun, dagegen läßt sich doch nichts machen!“

„Meinst du? Ich will dir etwas sagen, Fritz. Zweimal habe ich diese Quälerei durchgemacht; fast ein Jahr lang habe ich mich von allem Hoffen und allen Vergnügungen ferngehalten. Aber ehe ich diese Plage noch einmal durchlief, noch dazu in diesem Winter, wo für uns so viel auf dem Spiele steht, eher werfe ich alles beiseite und mache ein Ende.“

„Ja, was ist aber da zu tun?“

„Fritz! Wie ein Käschchen schmiegte sich das geschmeidige Weib an den Gatten. „Du wirst heute abend bei Eschenheimers mit dem Sanitätsrat sprechen, gelt?“

„Aber Wera, um Gottes willen, das ist doch nicht möglich!“

„Warum ist es nicht möglich? Muß ich dich erst noch daran erinnern, daß der Minister versprochen hat, in diesem Winter unsern Jour mit seiner Gegenwart zu beehren? Der „Kommerzienrat“ ist dir sicher, wenn ich es verstehe, Ergötzen zu gefallen. Nun, mein Lieber, wirst du mit dem Sanitätsrat sprechen?“

Herr Fritz kaute nachdenklich und nervös an seinem Schnurrbart, dann sagte er rasch und entschlossen: „Gut, ich werde mit ihm sprechen.“

Verantwortlich für die Redaktion: Hr. Clara Zetkin (Zunbe), Wilhelmshöhe Post Begehrloch bei Stuttgart.

Druck und Verlag von Paul Singer in Stuttgart.